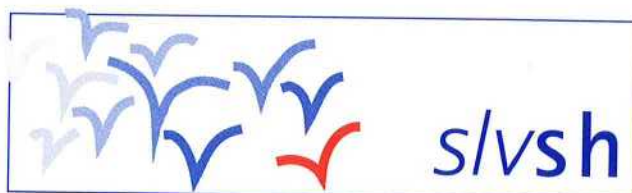


22

JUNI '97



information

- Kongress '97 – Rückschau
Schule am Scheideweg –
Innovationen zum Nulltarif?!
- Regionalversammlungen
- Neue Besoldungsregelung

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Neue Perspektiven und mehr Rechtssicherheit für Schulen

Schulen auf den Weg bringen!

Aufgabenfelder, Berufsbild und Anforderungen an Schulleitung haben sich stark verändert. Schulleiter sind mehr als Lehrer mit Verwaltungsaufgaben, sie sind als Gestalter, Manager und Personalleiter ihrer Schule verantwortlich für das Wohl vieler. *Schulleitung und Schulentwicklung* hilft bei dieser anspruchsvollen Aufgabe und zeigt Wege, damit Schulleiter Orientierung, Hilfestellung und Arbeitserleichterung finden und die Ressourcen ihrer Schule effektiv nutzen können.



Herbert Buchen, Leonhard Horster,
Hans-Günter Rolff (Hrsg.):

Schulleitung und Schulentwicklung

Erfahrungen – Konzepte – Strategien
ISBN 3-8183-0400-9

Loseblattwerk

ca. 1.600 Seiten (Stand: Januar 1997)

2 Bände DM 160,- (mit Abo)

DM 340,- (ohne Abo)

5 Ergänzungslieferungen im Jahr

Umfang ca. 138 Seiten

Seitenpreis DM 0,44

Kündigung 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres

Sicher durch den Paragraphen-Dschungel!

Durch die starke Verrechtlichung des Schulalltags stehen Schulleiter häufig vor schwierigen Entscheidungen, bei denen detaillierte Rechtskenntnisse vonnöten sind. *Schule in der Rechtsprechung* vermittelt durch praxisnah kommentierte Gerichtsentscheidungen und leicht verständliche Erläuterungen zur aktuellen Gesetzgebung mehr Rechtssicherheit im Schulalltag. Aktuelle Orientierungshilfen sowie praktische Hinweise und Empfehlungen für rechtliche Zweifelsfälle helfen Lehrern, Schulleitern und Mitarbeitern der Schulaufsicht bei der Bewältigung ihres Berufsalltags.



Schule in der Rechtsprechung

Rechtssetzung und Richtersprüche
praxisnah kommentiert

ISBN 3-8183-0402-5

Loseblattwerk

Grundwerk ca. 700 Seiten

(Stand: Januar 1997)

1 Band DM 98,- (mit Abo)

DM 212,- (ohne Abo)

4 Ergänzungslieferungen im Jahr

Umfang ca. 140 Seiten

Seitenpreis DM 0,44

Kündigung 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres

RAABE
NACHSCHLAGEN – FINDEN

Fachverlag für
Bildungsmanagement
Postfach 30 40 44
10725 Berlin

Bezug über Ihre Buchhandlung
oder direkt beim Verlag:

☎ 0 30 / 212 987 - 0

Fax: 0 30 / 212 987 - 10

EINLADUNG

aller Mitglieder

21. August 1997 15.30 Uhr

zu den jährlichen

Regionalversammlungen

mit aktueller Tagesordnung

- in Silberstedt – Hotel Schimmelreiter
- in Itzehoe – Restaurant Amönenhöhe
- in Lübeck – Hotel Wakenitzufer, Augustastraße

Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen!
Wie immer sind Kaffee und Kuchen selbstverständlich frei!

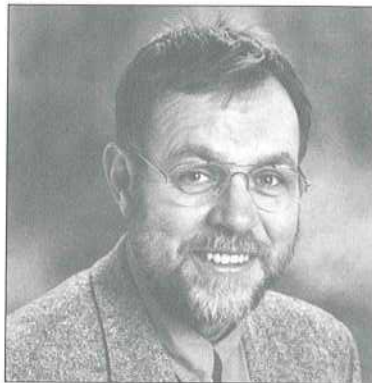
VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachdem wir lange gebangt hatten, haben sich doch noch so viele Teilnehmer gefunden, dass unser Kongress am 27. Mai nicht abgesagt werden mußte. Vielen Dank für die Unterstützung!

Inzwischen haben wir aus einigen Rückmeldungen entnommen, dass der Hauptgrund für die enttäuschende Teilnehmerzahl wohl die **Terminenge** am Ende des Schuljahres gewesen ist. Offensichtlich haben wir unterschätzt, wie stark die meisten von uns in dieser Zeit eingebunden sind.

Trotzdem sind wir nicht zufrieden mit der Situation! Die beiden Fortbildungsveranstaltungen mit der Kammergemeinschaft Nord der IHK mussten wegen **zu geringer Teilnahme abgesagt** werden, die Regionalversammlungen Anfang des Schuljahres waren nur



spärlich besucht. Einzig mit der Umfrage zur Integration und der Mitgliederversammlung (mit der Thematik **K L A U S**) haben wir sehr viele aktivieren können.

Natürlich haben wir uns schon Gedanken gemacht, was anders gemacht werden muss, um **Ihre Vorstellungen genauer zu treffen**. Wir sind uns auch klar darüber, dass es nicht immer nur highlights geben kann. Auch der s/vsh kann nicht

dauernd auf Hochtouren fahren. Wir wollen aber auf keinen Fall den erworbenen Qualitätsstandard aufgeben und uns auch nicht durch „Rückschläge“ entmutigen lassen.

Wir möchten aber auch nicht in eine Inselsituation geraten. Deshalb fordere ich Sie auf, jede Gelegenheit zu nutzen, um uns **Ihre Anliegen, Ihre Vorschläge, Ihre Kritik** mitzuteilen. Nur so können wir in **Ihrem** Interesse tätig werden. Es macht wenig Freude, ins Blaue hinein zu planen.

Helfen **Sie** uns also, damit wir unsere Aufgaben für **Sie** auch in **Ihrem** Sinne erledigen können! Wir hoffen auf viele Rückmeldungen zur Umfrage auf Seite 22.

Am 22. und 23. August 1997 wollen wir mit dem Vorstand in Tannenfelde über **Umstrukturierungen** beraten. Vielleicht hat ja jemand von Ihnen Zeit und Lust, dort einmal in die Vorstandsarbeit hineinzuschnuppern. Wir würden uns sehr freuen! Interessierte melden sich bitte in der Geschäftsstelle, um Näheres zu erfahren. Ich hoffe, dass wir weiter erfolgreich tätig werden können und es uns gemeinsam gelingt, den s/vsh weiter zu entwickeln.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Urlaubszeit und einen guten Start ins nächste Schuljahr.

Ihr Michael Dopcke

INHALT

	Seite
Einladung zu Regionalversammlungen	3
Vorwort - <i>Michael Doppke</i>	4
slvsh-Aktivitäten zu K L A U S - <i>Michael Doppke</i>	6
Gespräche mit anderen Verbänden - <i>Walter Rossow</i>	7
Gespräch mit der Staatssekretärin - <i>Friedrich Jeschke</i>	8
Kongreß '97 / Ergebnisse - <i>Angelika Sing / Holger Arpe</i>	9
Grußwort der F.D.P. zum Kongreß - <i>Dr. Ekkehard Klug</i>	16
Impressionen vom Kongreß '97	17
Fortbildung im slvsh - <i>Holger Arpe</i>	21
• Erläuterungen	
• Fragebogen	
Neue Besoldungsregelung - <i>Friedrich Jeschke</i>	23
Musterbrief (Antrag auf Höherstufung)	26
Der Irrgarten - <i>Rüdiger Gummert</i>	27
Aus der Arbeit des Vorstandes	28
• AG Städteverband „Stärkung der Eigenverantwortung“ - <i>Michael Doppke</i>	
• Arbeitskreis Stellvertreter - <i>Klaus-Ingo Marquardt</i>	
Pressespiegel	29
Werbung des slvsh mit Beitrittsformular	31
Adressen - Vorstand	33
Die letzte ... ? — Das Letzte ! - <i>Walter Rossow</i>	34

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei Namenswechsel, Schul- oder Privat-Adressenänderungen, Eintritt in den Ruhestand oder Kontoänderungen auch an den slvsh zu denken, und uns diese umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und uns ersparen Sie unnötige Kosten.

AKTIVITÄTEN ZU K L A U S – ÜBERSICHT –

– Michael Doppke –

Das vom Ministerium vorgelegte Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung hat uns im letzten Jahr dermaßen beschäftigt, dass wir darüber hinaus nur wenig anderes angehen konnten.

Die folgende Übersicht zeigt Ihnen im Überblick, was der Vorstand alles unternommen hat, um Sie zu informieren und einzubinden sowie Partner zu finden, um K L A U S zu verhindern :

Wann	Was
Juni 96	Veröffentlichung der entscheidenden Passagen des Koalitionsvertrages in der s/vsh-information 18
19. 08.96	Gespräch mit Staatssekretärin Gyde Köster
Sept. 96	Infos in der s/vsh-information 19
31.10.96	Darstellung der Varianten 1 - 4 durch MR Schuldt auf der Mitgliederversammlung
Dez. 96	Infos in der s/vsh-information 20
30.12.96	Arbeitsgruppe des Vorstandes überlegt Strategie und stellt erste Berechnungen an
06.01.97	Vorstandssitzung zum Thema
15.01.97	Offizielle Anhörung wird zugestellt
30.01.97	* 1. Arbeitstagung für interessierte Mitglieder * Treffen mit Vertretern des VSRS und anderen Schulleitungsgruppierungen, die nicht im s/vsh repräsentiert sind
04.02.97	Gemeinsame Presseerklärung s/vsh, VSRS, BLBS
20.02.97	2. Arbeitstagung für Mitglieder
25.02.97	Initiative „Runder Tisch“ mit VSRS — 1. Treffen
28.02.97	Stellungnahme Anhörung
Jan. - März 97	* Diverse Telefonate mit Elternvertretungen auf Landesebene * Teilnahme an diversen Regionalversammlungen der Lehrerverbände und der GEW
März 97	Infos in der s/vsh-information 21
04.03.97	Teilnahme Demonstration Neumünster

18.03.97	Initiative „Runder Tisch“ mit VSRS — 2. Treffen
20.03.97	Parteiengespräche CDU, FDP, SPD, Grüne/Bündnis 90
28.04.97	Gespräch mit Staatssekretärin Gyde Köster
04.05.97	Schreiben an alle Schulleitungen in S-H
06.05.97	Teilnahme Demonstration Kiel
14.05.97	Initiative „Runder Tisch“ mit VSRS — 3. Treffen

Was hat das alles gebracht ?

Ich erspare mir an dieser Stelle die Kommentierung des Verfahrens und der Ergebnisse im Einzelnen. Zusammenfassend läßt sich für mich folgendes Fazit ziehen:

Augenscheinlich gibt es weder bei den Verbänden und Gewerkschaften, noch bei den Parteien und erst recht nicht im Ministerium ein gemeinsames Anliegen, das in der Tat anstehende Problem „Schülerberg bei knappen Finanzen“ **gemeinsam** langfristig zu lösen. Dabei bin ich sicher: Hätte man unseren Vorschlag zu einer Arbeitstagung aufgenommen, hätten wir Auge in Auge wirklich verhandelt, es wäre zu einer akzeptablen Lösung gekommen und wir könnten verlässlich für die Zukunft planen.

Wie geht es nun weiter ?

Die ersten Entscheidungen wird es wohl erst im Juli geben, wenn die Einigungsstelle getagt hat. Es ist aber wohl davon auszugehen, dass es nur noch im bescheidenen Rahmen zu Teilkorrekturen kommt. Einzige Chance doch noch grundlegende Änderungen möglich zu machen, bietet die Arbeitszeitkommission des Landtages, die demnächst installiert wird. Wir werden uns mit allen Kräften darum bemühen, in dieser Kommission vertreten zu sein. Ansonsten werden wir die Schwerpunkte in unserer Arbeit in der Schule wohl überdenken und neu setzen müssen.

GESPRÄCHE MIT ANDEREN VERBÄNDEN

– Walter Rossow –

Dreimal hat der s/vsh zusammen mit dem VSRS versucht, in Gesprächen mit den anderen schleswig - holsteinischen Lehrerverbänden bzw. -organisationen Unterstützung für seinen Vorschlag des Runden Tisches zu K L A U S zu erhalten (siehe vorstehende Übersicht zu Aktivitäten zu K L A U S).

Leider war es **nicht** möglich, einen Konsens hinsichtlich des Runden Tisches zu erreichen. Vielmehr wurde - besonders während der ersten Sitzung - deutlich, daß es außer der Ablehnung von K L A U S so gut wie **keine Gemeinsamkeiten** zwischen den Verbänden (entweder im DGB oder im DBB organisiert) gibt. Demonstrationen wie in Neumünster und Kiel sind

reine Zweckbündnisse. Es war schon beklemmend zu erleben, wie von den einzelnen Teilnehmern gemauert bzw. Informationen bewußt verschwiegen wurden. Fast einstimmig war man der Meinung, daß es besser wäre, wenn man getrennt marschieren, aber vereint schlagen würde. Mit dieser Sichtweise könnte sich sicherlich auch der s/vsh anfreunden, doch müßte man dann zumindest schon wissen, **in welche Richtung die einzelnen „Partner“ zu marschieren gedenken**. Lediglich auf einen halbjährlich stattfindenden Gedankenaustausch konnte man sich am Ende der dritten Sitzung einigen. Eines steht aus Sicht des s/vsh nach diesen Gesprächsrunden auf jeden Fall fest:

**Gewinner oder besser Gewinnerin ist auf jeden Fall nur eine —
die Ministerin!
Verlierer sind alle diejenigen,
die sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen können
bzw. deren Mitglieder!**

KEINE AUSSICHT AUF ÄNDERUNG VON „K L A U S“

Gespräch mit Staatssekretärin Gyde Köster im MBWFK

– Friedrich Jeschke –

Am 28. 4. 1997 fand auf Veranlassung des s/vsh ein Gespräch im Ministerium in Kiel statt.

Anwesend waren für den s/vsh Michael Doppke, Friedrich Jeschke, Holger Arpe; für das Ministerium Staatssekretärin Gyde Köster und die Ministerialdirigenten Klaus Karpen und Jochen Jacobsen.

Zu Beginn der Diskussion fragte Michael Doppke die Staatssekretärin nach dem allerneuesten Stand der Beratungen über „K L A U S“.

Frau Köster berichtete, „K L A U S“ sei auf dem Wege des Mitbestimmungsverfahrens, die Anrufung der Einigungsstelle ist zu erwarten. „K L A U S“ soll möglichst in der vorgestellten Form zum 1. 8. 1997 in Kraft treten. Als Änderungen sind geplant:

1 Stunde Altersermäßigung ab 58 Jahren und eine Begrenzung der Kummulierung von Aufhebung der Altersermäßigung und Heraufsetzung der Unterrichtsverpflichtung auf 5 Stunden bei Schulleitern und Stellvertretern. Auch die 2%-ige Unterrichtskürzung für die Schüler soll bleiben. Frau Köster ist enttäuscht über die Totalablehnung der Vereine und Verbände. Sie hätte sich Vorschläge zur Veränderung von „K L A U S“ unter Beibehaltung des Einsparvolumens gewünscht.

Der s/vsh wies auf die starke negative Langzeitwirkung von „K L A U S“ für die Motivation und die Arbeitsbereitschaft der Leistungsträger (Schulleiter, Vertreter, Lehrkräfte mit besonderen Funktionen) hin. Die „alten“ Lehrkräfte hätten im übrigen ihr Lehrerarbeitszeitkonto schon lange in den früheren Jahren erfüllt.

Frau Köster hält das Motivationsproblem auf längere Sicht für lösbar, weil die älte-

ren Funktionsträger durch Pensionierung ausscheiden und die jüngeren Nachfolger unter den neuen Bedingungen das Amt übernehmen müssen.

Michael Doppke und Holger Arpe wollten wissen, was jetzt noch zu ändern sei. Auf die negative Antwort der Staatssekretärin schlugen sie vor, nicht nur kurzfristig und einseitig Belastungen zu verteilen, sondern in der verbleibenden Zeit ein Gesamtkonzept für die Arbeitszeit der Lehrkräfte und der Funktionsträger in den Schulen zu erarbeiten. Dies sollte an einem runden Tisch unter Beteiligung aller für die Schule relevanten Gruppen unter sachkundiger Moderation durchgeführt werden.

Frau Köster hielt nicht viel von einem Runden Tisch. Es ist aber beschlossen, die Arbeitszeit der Beamten und damit der Lehrer in einer Arbeitszeitkommission gründlich zu erörtern. Dort könnten auch die Gedanken des Schulleiterverbandes zur Arbeitszeitverteilung eingebracht werden.

Wir werden sehen, ob wir eingeladen werden. Wir haben unsere Beteiligung zugesagt.

Am Schluß wies Friedrich Jeschke noch auf das Problem der Nichtbeförderung der Schulleiter an Schulen mit gestiegenen Schülerzahlen hin. Es konnte keiner der anwesenden Ministerialbeamten erklären, warum als Grundlage für die Beförderung die Statistikzahl aus dem Schuljahr 1994/95 gewählt wurde und wer der Urheber dieser Regelung ist.

Das Gespräch fand in der gewohnten Offenheit statt.

KONGRESS '97 – RÜCKSCHAU

– Angelika Sing –

Unter dem Titel **Schule am Scheideweg - Innovationen zum Nulltarif?!** fand am 27. 5. 1997 im Hotel Intermar in Bad Segeberg der diesjährige slvsh-Kongress statt. Nachdem zuvor die Anmeldungen eher müde eingetrudelt waren, fanden sich nach zwei weiteren „Werbe“briefen schließlich etwa 140 interessierte Teilnehmer ein, die sich trotz Schuljahresendstress diesen „freien“ Tag „gegönnt“ hatten. Da uns durch einige schriftliche und mündliche Rückmeldungen die Termin - Problematik der letzten Schulwochen noch einmal bewußt gemacht worden war, konnte Walter Rossow bei seiner Begrüßung aller Anwesenden und ganz besonders der Gäste gleich versprechen, dass zukünftig solche Veranstaltungen in den Oktober / November gelegt werden würden.

Im Folgenden sprachen der stellv. Bürgermeister der Stadt Segeberg Herr Saul, die schulpolitische Sprecherin der SPD Frau Schröder, die bildungspolitische Sprecherin der CDU Frau Volquartz und stellvertretend für die Ministerin MD Karpen **Grußworte**, die schon ausgeprägte Statements zum Thema des Kongresses enthielten.

Die Grußworte der aus persönlichen Gründen verhinderten Bildungsfachleute von FDP und Grünen sind hier abgedruckt bzw. lagen der Tagungsmappe bei.

In seiner **Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation** in Schule aus Sicht des slvsh stellte Michael Doppke ausgehend von den gesellschaftlichen Veränderungen mit ihren Auswirkungen auf die Familien und die Kinder und den Anstieg der Schülerzahl als wichtigste Forderung den Ruf nach mehr **ZEIT, ZEIT, ZEIT** auf. Er verwies darauf, dass in allen Gesprächen mit den verschiedensten Partnern und in wissenschaftlichen Beiträgen stets gefordert wird, die Schulleitung als Innovationsmotor und Qualitätsgarant für Schule zu stärken. Da Gestalten von Schule aber in erster Linie **Kommunikati-**

on bedeutet, kann nicht auf der anderen Seite die dazu notwendige Zeit ständig gekürzt werden. Dabei mutet es schon fast als **Zynismus** an, wenn vom Ministerium zugestanden wird, dass die Summierung aller **K L A U S - Kürzungen** bei Schulleitern nicht 5!! Stunden überschreiten dürfe. Je kleiner eine Schule ist, desto mehr Unterricht und oft sogar noch Vertretungsunterricht geben die Schulleiter - aber Unterrichtsbesuche sind nun mal nicht nachmittags ohne Kinder zu leisten. Klaus bestraft also besonders die Leistungsträger in Schule.

Des weiteren ging Michael Doppke auf den frustrierenden Ablauf der **K L A U S - Verhandlungen** ein, die leider keinen **Runden Tisch** ergeben hatten (s. Vorbericht) und empfahl diesen noch einmal eindringlich als Klausurtagung wie bei der Wahl des Papstes - also warten wir jetzt auf die Rauchzeichen!

Als Höhepunkt des Vormittags folgte das **Streitgespräch zum Kongressthema** zwischen dem Akademischen Direktor der Universität Koblenz-Landau **Dr. Richard Bessoth** und dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes („nebenbei“ OStd. eines bayer. Gymnasiums) Herrn **Josef Kraus**. Natürlich kannten sich beide aus ihren Veröffentlichungen, so dass die gegensätzlichen Positionen für Spannung sorgten, sie standen sich aber hier zum ersten Mal persönlich gegenüber. Beide zeigten sich als mediengewohnte, gelassene, aber pointiert formulierende und bewußt Überspitzungen suchende Redner, so dass das Publikum zwei spannenden Stunden erlebte. Der Ablauf war strukturiert durch den Wechsel der Stichworte, die sich die Kontrahenten zuwarfen, denen immer wieder auch Nachfragen aus dem Publikum folgten.

So begann Dr. Bessoth mit dem Stichwort „Scheideweg“ aus dem Kongressmotto, Herr Kraus konterte mit dem Begriff „Innovation“, es folgten „Leistung“, „Autonome Schule“, „Bedeutung und Stellung des Schulleiters und der

Schulaufsicht" und „Hauptschule“, um nur die wichtigsten zu nennen, wobei durch die innere Verknüpfung der Themen natürlich viele Sprünge und Rückgriffe passierten, weshalb ich versuchen werde, die Positionen der beiden „Gegner“ hier - hoffentlich nicht allzu vergrößert - zusammenzufassen.

Herr Kraus fühlt sich dem Bewährten verbunden und warnte davor, ohne gehörige Überprüfung - nur um der Neuerung wegen und um's mal zu probieren - in **Reformaktionismus** zu verfallen und Veränderungen herbeizuführen, die möglicherweise bei Schülern, die - im Gegensatz zu technischen Entwicklungen - nur eine Lernbiografie haben, zur irreparablen Lernkatastrophe führe. **Leistung** ist heute ein Begriff, von dem man eigentlich nichts mehr wissen will, stattdessen soll die Schule als omnipotente Einrichtung alle Fehler der Gesellschaft reparieren. Er zitierte dabei mehrfach diverse Untersuchungen unabhängiger Institutionen, die mit ihren Ergebnissen beweisen, dass z. B. die Gesamtschule in ihren Mathematik- und Naturwissenschaftlichen Ergebnissen auf Hauptschulniveau endet und dass diese sogar beim sozialen Lernen - ihrem Lieblingskind - hinter allen Schulformen herhinkt. Außerdem hat sich die Lehrform der direkten Instruktion als die effektivste erwiesen (Prof. Weinert, Max-Planck-Inst.). Er verwies darauf, dass viele Untersuchungen statt Qualitätsforschung eher Akzeptanzforschung betreiben.

Nach seiner Meinung geht das dreigliedrige Schulsystem individuell und differenziert auf die Begabungen der Kinder ein und **ist die Hauptschule wesentlich besser als ihr Ruf**, wenn man das Unwort „Restschule“ für 25-33% (im 8. Schulj.) eines Schülerjahrgangs endlich abschafft, wobei die Freigabe des Elternwillens hier viel kaputtgemacht hat. Bei Investitionen und Bedingungen wie in Gesamtschulen könnte hier mit mehr Praxisbezogenheit noch viel verbessert werden. Wobei die Industrie immer wieder die Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben fordere, die laut deren Untersuchungen ständig nachlassen. Zum Leistungsbegriff äußerte Herr Kraus, dass natürlich nicht jede Leistung messbar sei, sondern oft nur be-

stimmtes **fachliches Wissen**, dass aber die vielgepriesenen Schlüsselqualifikationen ohne Fächer im luftleeren Raum nicht existent seien. Bei allem „Modernen Wissen“ muss auch unbedingt beachtet werden, dass die sog. Halbwertszeit ungeheuer gering ist, so dass Schule mit ihren Curricula in bestimmten Bereichen nie mithalten können und sicher auch nicht muss.

Zur **Autonomen Schule** mahnte er am Beispiel Hollands an, dass für die privaten Schulen **naionale Abschlussprüfungen** als Kriterium der Vergleichbarkeit vorhanden seien, was man bei uns aber nicht wolle, so dass eine Gleichheit der Schulen vor dem Gesetz nicht gewährleistet sei. Dies führe statt zum Abitur zur Additur und logischerweise zu Aufnahmeprüfungen der jeweils nächsten Instanz (Betriebe, Uni, ...). Er bestätigte, dass die besondere Unreife von Abiturienten bei der Berufswahl, 14,5 Semester Studiendauer und 45% Abbrecher bis zum 7. Semester - also volkswirtschaftlich unnötige Kosten - Gründe für mehr Praktika, Informationen, etc. in der Oberstufe sein müssten. Untersuchungen haben außerdem ergeben, dass trotz 13 Schuljahren in Hessen die Schüler in Sachsen-Anhalt in 12 Jahren ca. 200 Stunden mehr Unterricht hatten!

Was die **Finanzautonomie** anging berichtete er von seiner recht weitgehenden Bayer. Autonomie, warnte aber vor einer auf die Schulen übertragenen **Mängelverwaltung**, die erst recht durch Sponsoring zu reichen und armen Schulen führen werde.

In der Drittel- oder gar Viertelparität in der Schulkonferenz (Drittel = mit Schülern, Viertel = mit HM, Sekr., and. nichtpädagog. Personal) - wie in den neuen Schulgesetzen von Hessen, Bremen und Hamburg schon festgeschrieben und vielleicht auch bald in S-H - sah er die **Entprofessionalisierung von Schule**, wobei die Mitentscheidung minderjähriger Kinder an hoheitlichen Aufgaben aus seiner Sicht auch nicht rechtens ist. Kinder können nicht über ihnen Unbekanntes entscheiden (z.B. wie wichtig Ethik für Jugendliche sei, ...). Entsprechend lehnte er auch die kollegiale Schulleitung oder Schulleitung auf Zeit ab, da sie zur Beliebigkeit und Anpassung führe und auch die Bestenauslese behindere.

dere. Statt kollegialer Schulleitung forderte er die kommunikative, die aber nicht im **Konferenzfetischismus** ersticken dürfe, sonst komme es zu einer Lähmung der Entscheidungsfähigkeit.

Zum Dienstvorgesetzten, der er selbst ja ist, und den in Bayern üblichen **Regelbeurteilungen** (nach Unterrichtsbesuchen **ohne Anmeldung!**) berichtete er von einem wesentlich lockereren und gelasseneren Umgang aller damit, als das die Nichtbetroffenen so sehen, wobei er sich bei sehr kleinen Kollegien mit anderer Gruppendynamik schon Probleme vorstellen konnte. Vor eine Beurteilung mit finanzieller Auswirkung bei den Kollegen schreckte er allerdings zurück. Alleinige **Personalentscheidungen** des Schulleiters hielt er für kritisch, weil die Möglichkeit bestünde, parteiliche oder gewerkschaftliche Hochburgen zu bauen. Hier sah er die **Letztkompetenz im Ministerium**, das für ihn als direkte **Schulaufsicht** zuständig ist und das er als Stütze einer starken Schulleitung und zur **Kontrolle** im Interesse von **Vergleichbarkeit** von Schulen für notwendig erachtet.

Im Gegensatz dazu äußerte **Herr Bessoth** sehr starke **Kritik** an der zwei- oder dreistufigen **Schulaufsicht** in den Ländern. Er hielt diese für sehr schwach, sie sei Erfüllungsgehilfe des Ministeriums; wobei sich eine schwache Schulaufsicht natürlich keine starke Schulleitung leisten könne! Statt eines lean-management hat die Schulverwaltung ein Magersuchtmanagement. Bei Untersuchungen zeigten sich signifikante Unterschiede zwischen der Sicht von Lehrern von Schulaufsicht und deren eigenem Bild von sich. Dr. Bessoth hält die untere Schulaufsicht für überlebt, erwartet ansonsten von Schulaufsicht aber **Beratung**, auch die Absetzung unfähiger Schulleiter und Lehrer und den Aufbau eines **qualitativ hochwertigen Informationssystems**, also leistungsfähiger EDV, die viele Vorgänge direkt abfragbar und dadurch Verwaltung einfacher, schneller und weniger aufwendig werden läßt.

Er betonte, dass die Weiterentwicklung der Schule **von der Selektion zur Förderung** unbedingt notwendig ist, um das in unserem Land als einzige Ressource vor-

handene Humanpotential optimal zu entwickeln, da die ehemaligen anspruchslösen Berufe zunehmend wegrationalisiert werden. Dabei sei es von den Ländern ausgesprochen **kurzsichtig, Schule nur als Kostenfaktor zu sehen und nicht als langfristige Investition in die Zukunft**.

Mit der herkömmlichen Schule als **Informationsvermittlungsinstanz** kommt das Potential vieler Schüler gar nicht zum Tragen, stattdessen werden **Versager** produziert. Leistung ist ja keineswegs nur kognitiv zu sehen, von den modernen Betrieben werden Mitarbeiter gefordert, die teamfähig, kreativ, selbstbewußt und risikobereit sind, dies muss als Lernziel auch von der Schule anerkannt werden. Die Grundschule mit ihrem häufig schon geöffneten Unterricht erreicht neben Leistung bereits hohe Sozialkompetenz. Nur sind viele Lehrer - erst recht in den Sekundarstufen - selbst noch gar nicht gut genug fortgebildet, um effektiven geöffneten Unterricht bis hin zu **effektiver Freiarbeit** zu lehren. Heute werde z.B. in der Grundschule nicht mehr Rechtschreibung geübt, weil das notwendig sei, sondern Projekte gestaltet, während denen auch etwas aufgeschrieben werden müsse, wobei dann eben automatisch Rechtschreibung geübt werde.

Auch **Autonomie** ist hier ein Faktor, um in das graue Einerlei der Schulen Farbe zu bringen, den Lehrerkollegien mehr Macht zu geben und sich auf den Weg zur Eigenständigkeit zu machen. Sollte das zu zu großen Unterschieden führen, könne die Bremse durch die Kultusbehörden immer noch gezogen werden.

So hält Dr. Bessoth auch die in Hessen, Bremen u. Hamburg in den neuen Schulgesetzen verankerte **Drittel- bzw. Viertelparität der Schulkonferenz** für sinnvoll, um durch den Abbau von Autorität Demokratie zu üben. Durch Überzeugungsarbeit bei den Nichtprofis wie Eltern, Schülern, Hausmeister, ... können die Pädagogen ihre Leistungskraft unter Beweis stellen, denn auch minderjährige Kinder können sehr wohl schon über eigene Bedürfnisse entscheiden. Man müsse in all diesen Personen eben in erster Linie Verbündete sehen. Auch der **Schulleiter auf Zeit** - wie in der Schweiz üblich - wurde von Dr. Bessoth propagiert, weil auf diese Weise

schwarze Schafe zur Disposition stünden. Bei Lehrern hielt er jedoch eine **Dienstliche Beurteilung** nicht für notwendig, sondern für ein altes Ritual, denn eine Leistungsbeurteilung sei nur dann sinnvoll, wenn sich die Leistung der Schule dadurch insgesamt verbessern ließe, Schulleiter müßten mehr **beraten** und dazu benötigten sie mehr **Fortbildung**.

Nach dem Dank durch Herrn Rossow und Herrn Doppke und der Übergabe von Präsenten an die beiden Redner ging es in die **Mittagspause zum Büffet**, während der es aus dem Streitgespräch noch manchen Punkt weiter zu beleuchten und zu diskutieren gab. So liegt der Weg der schleswig-holsteinischen Schulen sicher irgendwo in einer wohlausgewogenen Mitte zwischen den beiden „Südlichtern“ oder wie Michael Doppke meinte in der **Balance zwischen den Gremien und unserer Entscheidungskompetenz**.

Nach dem Essen wurde in **5 Arbeitsgruppen** - geleitet von den Kollegen/innen Gießmann, Garling/Meyer, Flach/Koch, Ihrle-Glagau und Marquardt - getagt, wobei der Auftrag lautete, die für Schule in den letzten Jahren zum normalen Unterricht hinzugekommenen Innovationen auf ihre Anforderungen hin zu beleuchten und festzustellen, welche Investitionen, Bedingungen, etc. dazu notwendig sind. Dazu gab es ein graphisches Raster, Kaffee und Kuchen und 75 Minuten Zeit.

Dabei gingen die Gruppen, die nach Schulformen - in Ermangelung von Berufsschul-, Gesamtschul- und Gymnasialkollegen und bei nur 3 Realschulleitern (Abitur, Prüfungen...) - gebildet wurden, ganz unterschiedlich vor, wobei für die Zukunft von einem Kollegen hinterher um schultypgemischte Gruppenbildung zum besseren Austausch gebeten wurde.

Während eine Gruppe sich in Kleingruppen nach dem Kärtchensystem am Raster entlang hangelte und viele Einzelforderungen zu Papier und an die Pinnwand brachte, war bei vielen Gruppenmitgliedern das Bedürfnis groß nach **informellem Austausch** zu den ständig **gestiegenen Anforderungen** wie Integration, veränderte Schülerschaft, immer mehr Rückläufer aus der Realschule, Mangel an

Familienbetreuung mittags und nachmittags, die Anforderungen der Wirtschaft an die Schulabgänger, neue Lehrpläne, das ständig sinkende Niveau in allen Schularten, Ganztagschule, volle Halbtagschule, mehr Erziehung als Bildung, fehlende Räume für die in Hauptschule notwendige praktische Arbeit, fehlende Nebenräume für geöffneten Unterricht, ... bei immer mehr Zurücknahme der Ressourcen (z.B. volle Doppelbesetzung in den Einführungs-jahren der Integration) bei gleichzeitig gestiegenen Schülerzahlen und sinkenden Lehrerstunden.

Bei der anschließenden Kurzvorstellung der Ergebnisse gab es einen gemeinsamen Faktor:

KEINE INNOVATION OHNE INVESTITION!

Wobei die einzelnen Forderungen über

- mehr Leitungszeit,
- mehr Fortbildung,
- mehr Mut zur Lücke,
- mehr Mut zu Kreativität,
- mehr Psychologen und Sozialarbeiter,
- mehr Zeit für Gespräche,
- Ganztagschulen,
- ganze Halbtagschulen,
- sechsjährige Grundschule,
- neue Raumprogramme,
- Lösungen für das Rückläuferproblem,
- Werkstatttag,
- mehr Kleingruppenbildung,
- mehr Lehrerstunden,
- verlässliche Aussagen für Förderzentren,
- Lösungen für V-Kinder,
- ...

gingen, um nur die wichtigsten und natürlich nicht immer von allen propagierten zu nennen.

Eine Zusammenstellung aller Ergebnisse finden Sie im Anschluss an diesen Artikel durch Holger Arpe.

Nach dieser etwas mutlos stimmenden Phase der Mängel unseres Schulsystems berichtete uns in der letzten Stunde der **Filmmacher Reinhard Kahl** von seinen Erfahrungen mit Schule in der ganzen Welt. Ausgehend von der letzten großen Untersuchung, bei der Deutschland mit den Mathematikkenntnissen der Achtklässler an 24. Stelle in der Welt gelandet ist, berichtete er vom Mathematikunterricht

in Japan, wo eben nicht „monotheistisch“ vorgegangen wird wie bei uns, wo der Lehrer die Lösung „vormacht“, sondern die Schüler angeregt werden, möglichst **viele Lösungswege selbst zu suchen** (viele Götter); d.h. Umwege bewußt in Kauf genommen werden, was Rousseau mit der Devise **„Zeit gewinnen heißt Zeit verlieren“** charakterisierte. Über die in Japan kennengelernte Mittagsmeditation für Manager „Hast du heute schon einen Fehler gemacht? (sonst kannst du ja noch nichts geleistet haben), kam er zu seinem mehrteiligen **Fernsehfilm „Lob des Fehlers“**, aus dem wir Ausschnitte sahen, in denen die Geschichte des Lernens parallel zur Sozialgeschichte bildlich dargestellt wurde:

- Dreiständegesellschaft,
- Industrialisierung,
- Rädcheneffekt,
- Fließbandentwicklung, ...

also von der Persönlichkeit zur Institution, von der der Weg heute zurück zur teamfähigen, kreativen Persönlichkeit führen muß.

Beispiele aus der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden mit ausgeprägtem Projektunterricht (nicht -wochen) und vielem Kopf-Hand-Lernen zeigten den **Wandel von der belehrten zur lernenden Gesellschaft** (Schule), Beispiele aus der Schweiz zeigten erfolgreiches „Lesen durch Schreiben“ bei Erstklässlern. In einem weiteren Filmausschnitt **„Die stille Revolution“** berichtete Kahl vom **Durham Board of Education** (einer Schulregion im kanadischen Ontario), die sich vom Schlußlicht in den 80-er Jahren zur Vorzeigeobjekt der 90-er entwickelt hat und in diesem Jahr den **Bertelsmann - Preis** für

Innovation gewonnen hat. Mit den Devisen **„Change is a journey not a Bluepoint“** und **„Problems are Our Friends“** haben sich Kinder, Eltern und Lehrer zu ständigem Lernen entschlossen. Dieses wurde an Beispielen intensiver **mindmap-Arbeit** bei Schülern im selbständigen Literaturunterricht, bei Eltern in den parentsraps zur Erziehungshilfe und bei den Lehrer/innen in der Fortbildung am Wochenende verdeutlicht. Dabei ging es immer um die zentralen Punkte

- **academics (Grundfertigkeiten)**
- **teamwork**
- **personal management (Selbstorganisation)**

und deren Umsetzung. Dazu ergänzte Herr Kahl, dass die Schulen bei uns - wie dort - zu **Orten des öffentlichen Lebens** werden müßten, die nachmittags und abends nicht dem Hausmeister gehören, sondern für Erwachsene bedeutsam sind (Fortbildung, ...) und die damit auch an Image für die Kinder gewinnen. Außerdem empfahl er das Hereinholen von Personen wie bei KIDS (Künstler in die Schule) in Berlin-Kreuzberg, die zu mehr Vielfalt und Kreativität führen.

Nach dem Dank und der Überreichung eines Präsents an Herrn Kahl sprach Friedrich Jeschke das Schlusswort, in dem er für den s/vsh aus dem Kongress die nachstehende Folgerung zog

INNOVATION JA ZUM NULLTARIF NEIN

und ausreichend Zeit und Geld forderte.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen - Holger Arpe -

Die **Fragestellung** für die Arbeit der Gruppen auf dem Kongress des s/vsh lautete:

Innovationen zum Nulltarif ?

Das Ergebnis: **Keine Innovationen zum Nulltarif !**

Die Grafik auf der übernächsten Seite zeigt es:

Mit jeder Innovationsstufe, die zu der ursprünglichen Aufgabe, nämlich Unterricht zu erteilen, hinzukommt, entstehen auch

zusätzliche Anforderungen bei Lehrkräften und Schulleitung, die zum Teil während der Unterrichtsstunden zu leisten sind, zum größten Teil aber in der außerunterrichtlichen Zeit.

Ganz deutlich wird von den Teilnehmern dargestellt, dass in jedem Fall viele zusätzliche Gespräche (und Fortbildung) mit den verschiedensten Personenkreisen erforderlich werden / sind. Im besonderen Maße trifft es Schulleiter/innen, die schon Kraft Amtes viele dieser Gespräche zu führen haben oder Konferenzen leiten, mindestens aber koordinieren und/oder sich über Entwicklungsstände und Ergebnisse informieren müssen.

Angesichts dieser Erkenntnisse wird die kontraproduktive Maßnahme des Bildungsministeriums, die Leitungszeit für Schulleiter/innen zu verringern, sehr deutlich.

Eine Delegation von einzelnen Aufgaben ist natürlich möglich, trifft dann aber wieder die Lehrkräfte, die ohnehin schon stark belastet sind, und erfordert anschließend noch die oben beschriebenen Koordinierungsgespräche, also wieder einen erhöhten Zeitbedarf.

Jede der in der Grafik beispielhaft aufgezählten Innovationen macht Schule ein Stück vielfältiger. In der Vielfalt liegen Chancen für die Schüler, aber Gefahren für das System Schule, wenn dem einzelnen Mitglied die Übersicht abhanden kommt. Diese Übersicht zu behalten, anderen zu vermitteln und die besonderen Möglichkeiten der Schule darzustellen, ist die wichtigste Aufgabe von Schulleitung. **Dafür braucht sie Zeit!**

Die Arbeitsgruppe Förderschulen beschrieb ihre besonderen Anliegen:

* Das Ministerium macht keine klaren, zuverlässigen Aussagen über den Be-

stand von Förderschulen, deshalb fehlt die Motivation für konkrete Planung von Innovationen.

* Förderschulen müssen weiterbestehen, weil sie schwerpunktmäßig Schüler/innen aus sozialen Problembereichen betreuen. Sie sollten grundsätzlich als Ganztagsangebot konzipiert sein.

* Beratung und Unterricht sind zwei gleichwertige Aufgaben, die Sonderschullehrer erfüllen.

* Die Planstellenzuweisung sollte grundsätzlich nach der zur Förderschule gehörenden Grundschülerzahl erfolgen, damit rechtzeitig für das kommende Schuljahr geplant werden kann.

* Die Planstellenzuweisung berücksichtigt nicht, dass Förderschulen immer mehr verhaltensgestörte Schüler betreuen. Bei der Zuteilung sollte dies angemessen berücksichtigt werden.

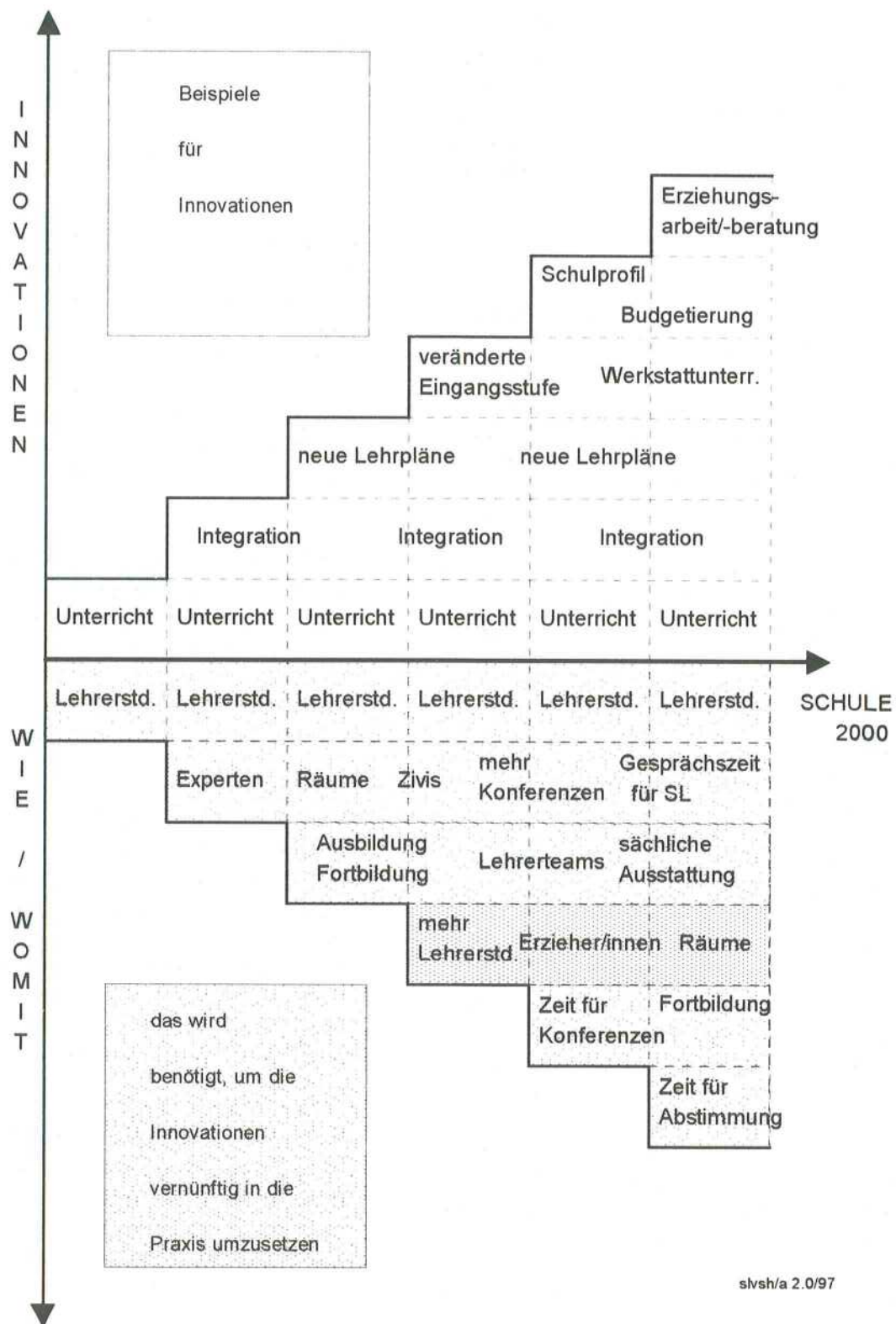
* Die Zusammenarbeit von Schulämtern mit den Förderschulen ist landesweit so unterschiedlich, dass es keine Vergleichbarkeit gibt.

* Integrationsarbeit erfordert eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und damit einen erhöhten Zeitbedarf.

* Innovationen erfordern Phantasie, aber es muss auch die entsprechende Planungs- und Erprobungszeit (wie bei den Gesamtschulen) zugestanden werden, die nicht immer gleichzeitig im Schulalltag erwirtschaftet werden kann.

**Keine Innovation
ohne Investition!**

Keine Innovationen zum Nulltarif !



Grußwort der FDP zum Kongress - Dr.Ekkehard Klug -

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist in der Tat richtig: Das Schulwesen in Schleswig-Holstein steht am Scheideweg.

Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob das Schulsystem den Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft noch gerecht werden kann oder ob die Qualität der schulischen Ausbildung endgültig der **rot-grünen Nivellierungstendenz** zum Opfer fällt.

Nicht nur die unzureichende Ausstattung der Schulen mit Lehrern ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Das eigentliche Problem ist die fortschreitende Schwächung des gegliederten Schulsystems durch die Bevorzugung der Gesamtschulen bei der Zuweisung von Lehrkräften. Trotz steigender Schülerzahlen an Gymnasien und Realschulen wird die Zahl der Planstellen verringert. Gleichzeitig leistet man sich Mini-Oberstufen an Gesamtschulen.

Vor dem Hintergrund der schlechten Qualität der Ausbildung an Gesamtschulen erscheint diese Haltung noch unverständlicher.

Das Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand würde genügen, um zu erkennen, daß ein gleichmacherisches Schulsystem wie die Gesamtschule zu keinem guten Ergebnis führen kann. Leistungsstärkere Schüler werden unterfordert, schwächere hingegen überfordert. Der Unterricht pendelt sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ein.

Diese Feststellung wird auch von der Wissenschaft bestätigt. Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung hat festgestellt, daß das **Leistungsniveau** an Gesamtschulen nur knapp über Hauptschulniveau und noch unter dem von Realschulen liegt.

Von einer begabungsadäquaten Forderung kann angesichts solcher Aussagen keine Rede sein. Die **Verwässerung des Leistungsniveaus** führt nur zu einer Verminderung der Chancen der Schülerinnen und Schüler Schleswig-Holsteins im internationalen Bildungswettbewerb.

Wie der Weg der Schulen in den nächsten Jahren aussehen wird hängt ganz ent-

scheidend davon ab, wie Schleswig-Holstein den Anstieg der Schülerzahlen in den nächsten Jahren bewältigen wird.

K L A U S darf man mit Fug und Recht als gescheitert ansehen. Das Versprechen von Ministerin Böhrk, das Konzept nach dem Verfahren „Verhandeln statt verordnen“ umzusetzen, ist vergessen. Jetzt wird verordnet.

Dabei gibt es Alternativen. Dazu müßte die Landesregierung allerdings einige ihrer **Dogmen über Bord** werfen, wozu sie offensichtlich weder willens noch in der Lage ist.

Auch die Opposition kann keine Wunder vollbringen. Gleichwohl sind immer noch genügend Ressourcen für eine zukunftsgerichtete Schulpolitik vorhanden, wie die Alternativvorschläge meiner Fraktion zu **K L A U S** zeigen.

Das wichtigste Element für den Erhalt der Qualität des Unterrichts ist der **Verzicht auf die Entbeamtungspolitik**.

Beamten Lehrer sind nicht nur kurzfristig günstiger als Angestellte, auch bei einer Lebenszeitbetrachtung unter Einschluß der Pensionen sind sie nach der Aussage des Landesrechnungshofs kostengünstiger. Von einer Politik zu Lasten der zukünftigen Generation kann angesichts dieser Zahlen keine Rede sein.

Ein weiteres wichtiges Element des liberalen Schulkonzepts ist die **Konzentration auf das Wesentliche**. Die Unterrichtsversorgung.

Die Streichung des Innovationspools, ein Moratorium beim Ausbau der integrativen Maßnahmen und die Umwandlung von 30 Ministeriumsstellen erbringen einen Gegenwert von über 470 Lehrerstellen.

Der Katalog der F.D.P. - Fraktion enthält auch eine **Ausdehnung der Mehrarbeit** von Lehrerinnen und Lehrern um **0,4** Wochenstunden. Dies erscheint uns aus zwei Gründen zumutbar. Zum einen wird die unvermeidliche Mehrbelastung gleichmäßig auf alle Pädagogen verteilt, zum anderen kann so die Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte im bisherigen Umfang erhalten werden.

Auch der sogenannte Verwaltungspool bleibt durch die angestrebten Maßnahmen vollständig erhalten.

Mit der Übernahme unserer Vorschläge könnte die **Qualität der Bildung** an den Schulen unseres Landes mit einer moderaten Erhöhung der Mehrarbeit dauerhaft gesichert werden, ohne die älteren Lehrer unverhältnismäßig zu belasten.

Bildung ist in der Tat mehr als nur die Vermittlung von Faktenwissen. Niemand möchte die Paukschule aus Großvaters Zeiten wiederhaben. Die Schule muß sich weiterentwickeln, und sie tut es Dank des Engagements der Lehrerinnen und Lehrer auch. Aber **Innovationen** sind tatsächlich **nicht zum Nulltarif** zu bekommen. Eine

bedarfsgerechte Ausstattung der **Schulen** mit Lehrkräften ist das zentrale Element für die **Zukunftsfähigkeit unseres Schulsystems**. Neuerungen können nur dann vorangebracht werden, wenn die Schulen nicht in der Verwaltung des Mangels erstickten.

Lehrerinnen und Lehrer wollen Verbesserungen, daran habe ich - entgegen der landläufigen Meinung - nicht den geringsten Zweifel. Nicht zuletzt die heutige Tagung zeigt dies.

Ich wünsche Ihnen deshalb ein gutes Gelingen für Ihre Veranstaltung und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

IMPRESSIONEN VOM KONGRESS '97



R. Kahl



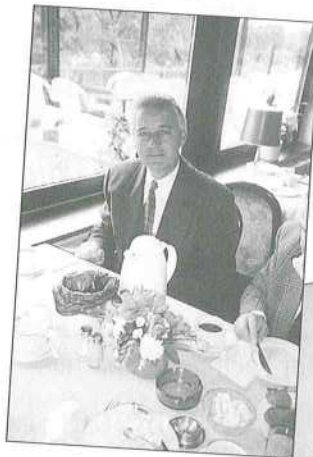
Promi-Tisch



MdL A. Volquartz



H. Garling bei der Präsentation



Dr. R. Bessoth



Gruppenarbeit



Über 60 Jahre OSCHMI

Bereits 1935 wurden unter dem guten Namen OSCHMI Gebrauchsmöbel für Schule und Beruf ausgeliefert.

Als einer der ersten Hersteller in Deutschland nahmen wir die heute weltweit führenden Emaillier-Stahlbleche für Schreibflächen von Schul- und Planungstafeln in die Fertigung. Die rasante Entwicklung der Unterrichts- und Präsentationsmethoden fordert eine ständige Weiterentwicklung unserer Produkte.

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Unsere Konstrukteure passen unsere Tafeln, Projektionsflächen und Spezialmöbel laufend den aktuellen technischen Erfordernissen an. In Sachen Verarbeitung und Haltbarkeit gehen unsere Tafeln und Spezialmöbel weit über die gesetzlichen Garantienzeiten hinaus. Ein Beweis für solide Qualität und ausgereifte Technik.

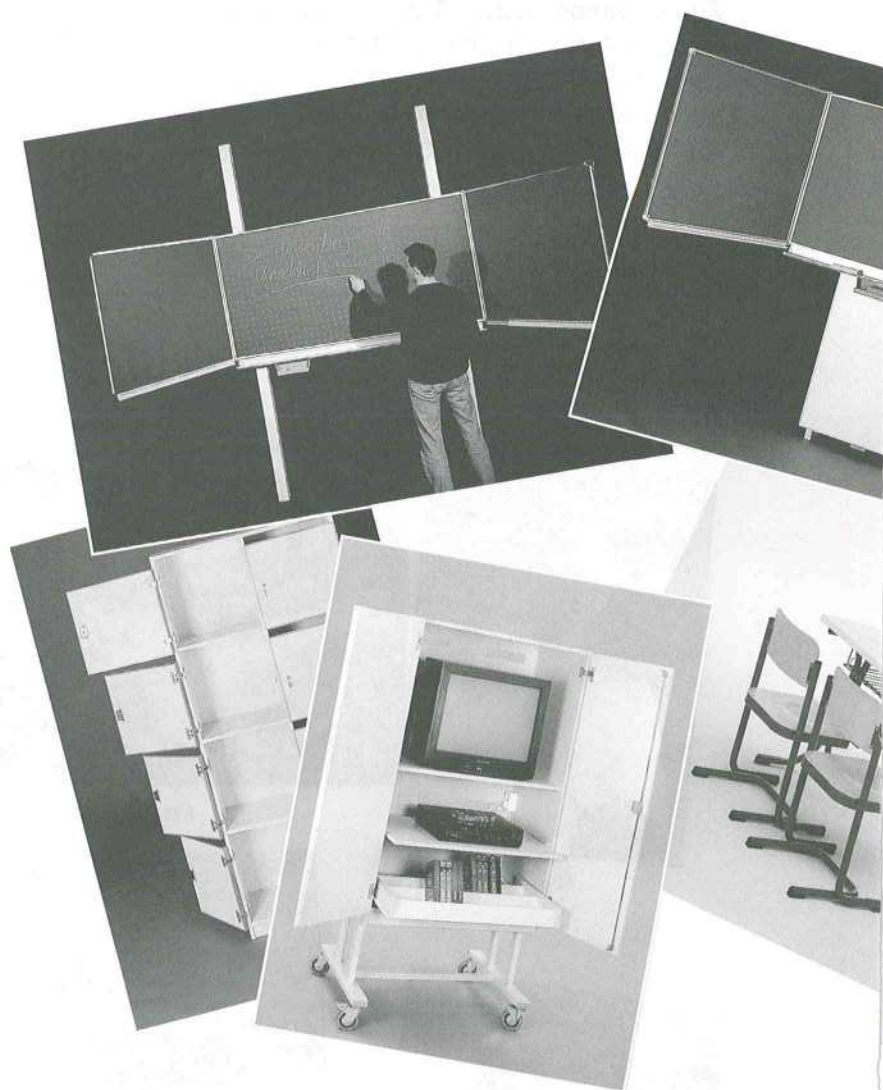
Qualifiziertes Personal, leistungsfähige Produktionsanlagen und der Wille zur Herstellung von Qualitätserzeugnissen wird auch weiterhin unsere selbstgestellte Aufgabe sein.

Die Nähe zu unseren Kunden, deren Bedürfnissen gerecht zu werden, ist ein wesentlicher Faktor dieses Selbstverständnisses.

Wir machen fast alles möglich. Sonderanfertigungen gehören zu unseren täglichen Aufgaben, und dies stets zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Unser Team steht Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Qualität au



Ihr Fachhandelspartner:

Brettschneider-Lehrmittel

Von-dem-Hagen-Weg 46

24536 Neumünster

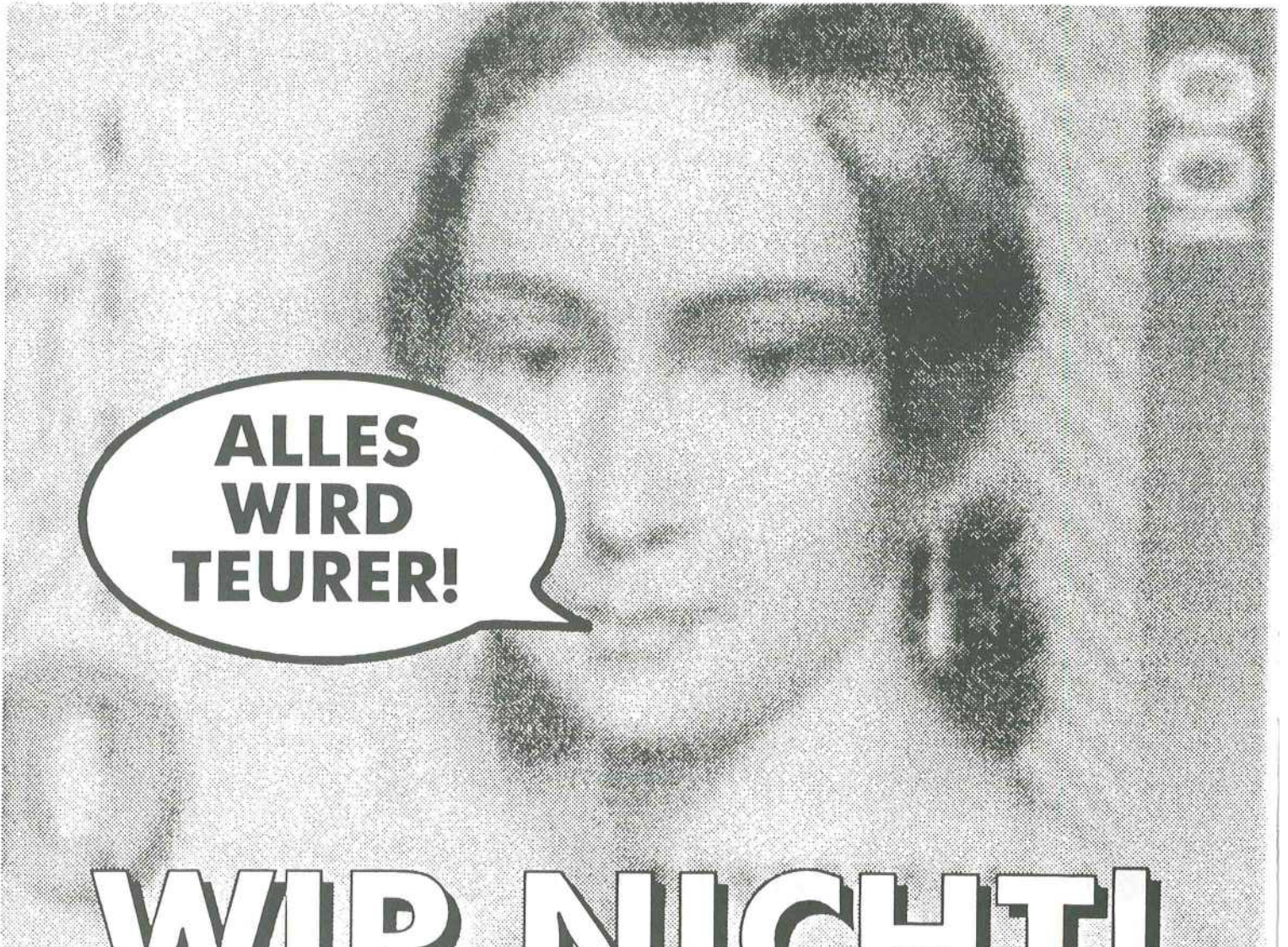
Tel. (0 43 21) 3 88 87 · Fax (0 43 21) 3 87 70



Norddeutschland

- Pylonentafeln
 - Weißwandtafeln
 - Wandtafeln
 - Lineaturen
 - Mobile Tafeln
 - Schultische/ -stühle
 - Sitzbänke
 - Schulschränke
 - Geräteschränke
 - Medienarchive
 - Computertische
- und Vieles mehr.

Fordern Sie unseren aktuellen Katalog an!
Einfach anrufen unter:
(0 43 21) 3 88 87



**ALLES
WIRD
TEURER!**

WIR NICHT!

Hausratversicherung:

unverändert
1,30 DM pro Tsd.
Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer

LFV LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN
für Schleswig-Holstein und Hamburg

seit 1815

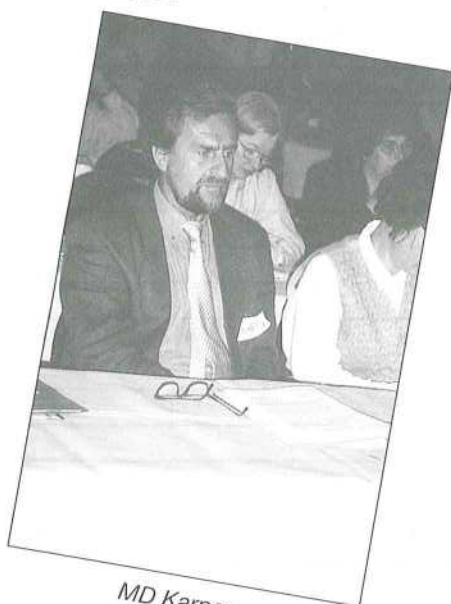
LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN - Bielenbergstraße 30 - 24143 Kiel - Tel. + Fax: (0431) 73 23 44



Die „Kontrahenten“



MdL S. Schröder



MD Karpen



intensive Kleingruppe

FORTBILDUNG IM SLVSH

– Holger Arpe –

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich muss zu meinem Bedauern feststellen, dass leider in letzter Zeit unser Fortbildungsangebot nicht mehr Ihr Interesse findet.

Die Zahl der Anmeldungen für die Seminare in Tannenfelde war so klein, dass ich mich gezwungen sah, die Veranstaltungen zu canceln, damit dem Verband keine Kosten entstehen. Die Absage von Seminaren ist mir gegenüber den Referenten, Institutionen und Tagungsstätten sehr unangenehm, weil sie unser Anliegen, Schulleitungen zu fördern und zu stärken, unterstützen wollen und sie sich (mich)

fragen: Was ist los bei euch? Ist kein Interesse bei Schulleitern/innen vorhanden? Was muss verändert werden, damit das Seminarangebot des slvsh für Sie attraktiver wird?

Ich benötige unbedingt Ihre Rückmeldung. Bitte schnell den Fragebogen bearbeiten und an mich zurückschicken!

Die Auswertung der Rückmeldungen werde ich in der folgenden Verbandszeitung veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Holger Arpe

Bitte den Fragebogen ausgefüllt an Holger Arpe Mühlenberg 11c 24217 Schönberg		
	trifft zu	trifft nicht zu
Ich bin an Fortbildungsveranstaltung des s/vsh grundsätzlich interessiert	X	
zwischen den Zeilen finden Sie Platz für zusätzliche Eintragungen		
für Veranstaltungen kommen für mich nur folgende Zeiten in Frage		
ganztags (montags - freitags)	X	
ganztags (sonnabends)	X	
Freitag Nachmittag und Sonnabend Vormittag	X	
nur nachmittags	X	
die Veranstaltungsorte sollten		
zentral sein		
regional sein		
gewechselt werden	X	
die Eigenbeteiligung		
war mir bisher zu hoch		X
die Referenten		
schienen nicht kompetent zu sein		
sprachen mich mit ihren Methoden nicht an		
<i>Kann ich nicht beurteilen, da unbekannt.</i>		
die Ausschreibung		
sollte weiterhin einmal im Jahr sein		
sollte in jeder Verbandszeitung zu finden sein	X	
- die Anmeldefristen waren mir zu lang		
- das Anmeldeverfahren war mir zu unpraktikabel	X	
Ich wünsche mir Veranstaltungen zu folgenden Themen:		
als relativ „frischer“ Schulleiter (1 Jahr) würde		
ich mir einen regelmäßigen (1-2 x / Jahr)		
Erfahrungsaustausch mit Schulleiter(n) (mühen) in		
ähnlicher Situation wünschen.		
fr. u. h. Kiel, GS B'büchel Nord		

WAS BRINGT DIE REFORM DES ÖFFENTLICHEN DIENSTRECHTS?

– Friedrich Jeschke –

Weitgehend unbeachtet hat der Bundestag in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat am 24. Februar 1997 das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes beschlossen. Es ist veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1 Nr. 12, ausgegeben zu Bonn am 28. Februar 1997.

Das Gesetz enthält 15 Artikel

1. Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes
2. Änderung des Bundesbeamtengesetzes
3. Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes
4. Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes
5. Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes
6. Änderung des Deutschen Richtergesetzes
7. Änderung des Gesetzes über die Umzugskostenvergütung
8. Änderung des Bundespolizeibeamtengesetzes
9. Änderung der Bundeslaufbahnverordnung
10. Änderung des Gesetzes über die Anrechnung von Dienstzeiten im öffentlichen Dienst auf die beamtenrechtliche Probezeit nach dem Einigungsvertrag
11. Änderung der Bundesdisziplinarordnung
12. Änderung anderer Gesetze
13. Aufheben von Vorschriften
14. Übergangsvorschriften
15. Schlußvorschriften

Das Gesetz tritt am 1. Juli 1997 in Kraft. Die Länder haben eine Umsetzungsfrist bis zum 31. Dezember 1998.

Es ist zur Zeit nicht möglich über alle für uns wichtigen Änderungen zu berichten. Auf Anfrage wußte weder das Landesbesoldungsamt noch das Ministerium noch die Rechtsabteilung wie das Gesetz durchgeführt werden soll. Ich berichte daher nur über die Artikel 3 und Artikel 14

soweit sie uns betreffen, weil diese auch für unser Land vermutlich am 1.7.1997 in Kraft treten müssen.

Das Beamtengehalt setzt sich in Zukunft aus Grundgehalt, Familienzuschlag und Zulagen zusammen. Der ehemalige Ortszuschlag ist teilweise dem Grundgehalt zugeschlagen, teilweise als Familienzuschlag ausgewiesen. Das Grundgehalt wird in § 27 und § 28 des Bundesbesoldungsgesetzes beschrieben

§ 27 wird wie folgt gefaßt:

Bemessung des Grundgehaltes

(1) Das Grundgehalt wird, soweit die Besoldungsordnungen nicht feste Gehälter vorsehen, nach Stufen bemessen. Das Aufsteigen in den Stufen bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter und der **Leistung**. Es wird mindestens das Anfangsgrundgehalt der jeweiligen Besoldungsgruppe gezahlt.

(2) Das Grundgehalt steigt bis zur fünften Stufe im Abstand von zwei Jahren, bis zur neunten Stufe im Abstand von drei Jahren und darüber hinaus im Abstand von vier Jahren.

(3) Bei **dauerhaft herausragenden Leistungen** kann die nächsthöhere Stufe frühestens nach Ablauf der Hälfte des Zeitraumes bis zu ihrem Erreichen als Grundgehalt vorweg festgesetzt werden (**Leistungsstufe**). Leistungsstufen dürfen in einem Kalenderjahr an bis zu 10 von Hundert der Beamten und Soldaten eines Dienstherrn in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A, die das Endgrundgehalt noch nicht erreicht haben, gewährt werden. Wird festgestellt, daß die Leistung des Beamten oder Soldaten **nicht** den mit dem Amt verbundenen durchschnittlichen Anforderungen entspricht, verbleibt er in seiner bisherigen Stufe, bis seine Leistung ein Aufsteigen in die nächsthöhere Stufe rechtfertigt. Eine darüber liegende Stufe, in der er sich ohne die Hemmung des Aufstiegs inzwischen

befinden würde, darf frühestens nach Ablauf eines Jahres als Grundgehalt festgesetzt werden, wenn in diesem Zeitraum anforderungsgerechte Leistungen erbracht worden sind. Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden ermächtigt, jeweils für ihren Bereich zur Gewährung von Leistungsstufen und zur Hemmung des Aufstiegs in den Stufen nähere Regelungen durch Rechtsverordnung zu treffen. In der Rechtsverordnung kann zugelassen werden, daß bei Dienstherren mit weniger als zehn Beamten im Sinne des Satzes 2 in jedem Kalenderjahr einem Beamten die Leistungsstufe gewährt wird. Die Rechtsverordnung der Bundesregierung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

(4) Absatz 3 gilt nicht für Beamte im Beamtenverhältnis auf Probe nach § 12a des Beamtenrechtsrahmengesetzes. Die Entscheidung über die Gewährung einer Leistungsstufe oder über die Hemmung des Aufstiegs trifft die zuständige oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Die Entscheidung ist dem Beamten oder Soldaten schriftlich mitzuteilen. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

(5). Der Beamte oder Soldat verbleibt in seiner bisherigen Stufe, solange er vorläufig des Dienstes enthoben ist. Führt ein Disziplinarverfahren nicht zur Entfernung aus dem Dienst oder endet das Dienstverhältnis nicht durch Entlassung auf Antrag des Beamten oder Soldaten oder infolge strafgerichtlicher Verurteilung, so regelt sich das Aufsteigen im Zeitraum seiner vorläufigen Dienstenthebung nach Absatz 2.

§28 Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

(4) „Die Berechnung und die Festsetzung des Besoldungsdienstalters sind dem Beamten oder Soldaten schriftlich mitzuteilen.“

Der Familienzuschlag wird in den §§ 39, 40, 41 geregelt. Es gibt wie bisher zwei Stufen: Stufe 1 Beamte ohne Kinder, Stufe 2 Beamte mit kindergeldberechtigten Kindern. Sind beide Ehepartner im öffentlichen Dienst, erhalten sie wie bisher den Familienzuschlag nur zur Hälfte.

Artikel 14 Übergangsvorschriften

§1 Überleitungszulage

(1) Verringerungen des Grundgehaltes auf Grund dieses Gesetzes werden durch eine ruhegehaltfähige Überleitungszulage ausgeglichen. Sie wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem nach bisherigem Recht zustehenden Grundgehalt, Ortszuschlag der Stufe 1 und allgemeiner Stellenzulage und dem nach diesem Gesetz zustehenden Grundgehalt und allgemeiner Stellenzulage gewährt. Die Überleitungszulage verringert sich vom Tage nach Inkrafttreten dieses Gesetzes bei Erhöhungen des Grundgehaltes durch Aufsteigen in den Stufen sowie durch die Verleihung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt (Grundgehalt) bis zur vollen Höhe der Bezügeverbesserung, bei allgemeinen Erhöhungen der Dienstbezüge zu einem Drittel des Erhöhungsbetrages. Satz 3 gilt nicht für Versorgungsempfänger; werden die Versorgungsbezüge allgemein erhöht, ist von demselben Zeitpunkt an auch die Überleitungszulage als Bestandteil des Ruhegehalts wie dieses anzupassen.

(2) Soweit eine Überleitungszulage nach Maßgabe des § 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung gewährt wird, nimmt sie an Veränderungen der Bemessung teil.

Die neue Gehaltstabelle und die Tabelle über den Familienzuschlag befinden sich am Ende dieses Berichtes

Wenn man den Gesetzestext liest, merkt man, daß die Beamten- und Lehrerhatz in den letzten Jahren ihre wohl auch beabsichtigte Wirkung getan hat. Es ist schon raffiniert, den auch bei Angestellten vorhandenen regelmäßigen Gehaltsaufstieg bei Beamten nun als eine Quasibeförderung umzufunktionieren. Wenn ein Aufstieg in die nächste Besoldungsstufe nach Leistung erfolgen soll, muß diese Leistung auch festgestellt werden. Das führt zu zwei-, drei- und vierjährigen Regelbeurteilungen fast bis zum Ende der Lebensarbeitszeit. Ob so die Leistung durch Überwachung verbessert werden kann, ist fraglich. Anbiederung, Anpassung, Ausweichen vor Problemen und Vermeidung

richtiger, aber den Aufstieg hindernder Handlungen werden eher die Folge sein. Zur Durchführung dieses Gesetzes werden entweder neue teure Prüfungsämter geschaffen werden müssen oder wir Schulleiter dürfen diese Aufgabe übernehmen.

Wir werden die Durchführungsverordnungen und Gesetze aufmerksam begleiten.

1. Bundesbesoldungsordnung Anlage 1 (Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus					3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus		
						Stufe						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A1	2377,62	2438,67	2499,42	2560,77	2621,82	2682,87	2743,92					
A2	2508,23	2568,81	2629,39	2689,97	2750,55	2811,13	2871,71					
A3	2612,85	2677,31	2741,77	2806,23	2870,69	2935,15	2999,61					
A4	2672,21	2748,10	2823,99	2899,88	2975,77	3051,66	3127,55					
A5	2693,80	2790,96	2866,46	2941,96	3017,46	3092,96	3168,46	3243,96				
A6	2757,57	2840,47	2923,37	3006,27	3089,17	3172,07	3254,97	3337,87	3420,77			
A7	2878,77	2953,28	3057,59	3161,90	3266,21	3370,52	3474,83	3549,34	3623,85	3698,36		
A8		3059,12	3148,24	3281,92	3415,60	3549,28	3682,96	3772,08	3861,20	3950,32	4039,44	
A9		3259,24	3346,91	3489,58	3632,25	3774,92	3917,59	4015,67	4113,75	4211,83	4309,91	
A10		3511,84	3633,70	3816,49	3999,28	4182,07	4364,86	4486,72	4608,58	4730,44	4852,30	
A11			4048,23	4235,53	4422,83	4610,13	4797,43	4922,30	5047,17	5172,04	5296,91	5421,78
A12			4353,68	4576,99	4800,30	5023,61	5246,92	5395,79	5544,66	5693,53	5842,40	5991,27
A13			4900,45	5141,59	5382,73	5623,87	5865,01	6025,77	6186,53	6347,29	6508,05	6668,81
A14			5100,23	5412,93	5725,63	6038,33	6351,03	6559,50	6767,97	6976,44	7184,91	7393,38
A15						6640,21	6984,02	7259,06	7534,10	7809,14	8084,18	8359,22
A16						7333,91	7731,53	8049,63	8367,73	8685,83	9003,93	9322,03

Quelle: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1 Nr. 12, ausgegeben zu Bonn am 28. Februar 1997 Seite 344

2. Anlage 2 (Anlage V des BBesG)

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

	Stufe 1	Stufe 2
	(§ 40 Abs. 1)	(§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A1 bis A8	170,46	323,63
übrige Besoldungsgruppen	179,02	332,19

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 153,17 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 203,17 DM.

Quelle: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1997 Teil 1 Nr. 12, ausgegeben zu Bonn am 28. Februar 1997 Seite 347

MUSTERBRIEF (ANTRAG AUF HÖHERSTUFUNG)

An das
Ministerium für Bildung,
Wirtschaft, Forschung und Kultur
Postfach 1467

24013 Kiel

Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 BBesO

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beantrage die Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 BBesO aus folgenden Gründen.

Ich leite die Bürgerschule (Grundschule) in Husum, Straße, seit dem

Lt. Herbststatistik besuchten die Bürgerschule

1994/95	Schülerinnen und Schüler
1995/96	Schülerinnen und Schüler
1996/97	Schülerinnen und Schüler.

Lt. Entwicklungsplan sind folgende Schülerzahlen zu erwarten:

1998/99	Schülerinnen und Schüler
1999/2000	Schülerinnen und Schüler
2000/2001	Schülerinnen und Schüler
2001/2002	Schülerinnen und Schüler

Wie aus den Zahlen zu ersehen ist, wird die Schülerzahl in der vorsehbaren Zeit dauerhaft mehr als 360 Schüler betragen.

Ich bitte daher, um Übertragung eines Amtes in der Besoldungsgruppe A 14 BBesO.

DER IRRGARTEN

– Rüdiger Gummert –

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

auf meinem Weg zur Schule begegne ich jeden Tag einem Hinweisschild, auf dem Besucher in einen Irrgarten eingeladen werden.

Mit dem Ziel, das im Zentrum gelegene Podest und anschließend den Ausgang noch vor Sonnenuntergang zu erreichen, versuchen Kinder und Erwachsene den schnellsten Weg zu finden.

Auch wenn die Orientierung durch das Hin und Her der Wege und Abzweigungen ziemlich erschwert ist, so hat der Besucher doch immer das Podest vor Augen, das ihn an sein Ziel erinnert bzw. auf sein Ziel hin motiviert,

Was wäre, wenn dieser Irrgarten nicht diesen Zielpunkt hätte, wenn die Menschen nur durch einen Eingang gingen, der nicht einmal mehr Ausgang wäre?

Sinnlos irrten sie umher, probierten mal diesen, mal jenen Weg und hätten nur noch die Chance sich auf den Weg zu konzentrieren. Wenn der Weg spaßig gestaltet ist und Vergnügliches bietet, werden die Hedonisten* unter den Besuchern sicherlich ihre Kurzweil haben. Um Zukünftiges machten sie sich keine Gedanken.

An solch einen Irrgarten fühlte ich mich erinnert, als das neue Faltblatt „Projekte und Perspektiven“ 1/97 von der Landesregierung auf meinen Schreibtisch flatterte und Erfahrungsberichte lieferte über die Modernisierung der Landesverwaltung, Motto: „Der Weg ist das Ziel“.

Ein Ziel hat dieser Weg zur Modernisierung also nicht.

Jeder Schritt ist das Ziel.

Wohin die Schritte sie führen?

Wer weiß das schon?

Doch lesen wir ein bisschen in dem Faltblatt:

- „Gemeinsam zu den Aussagen im Leitbild Ideen entwickeln und schrittweise umsetzen“ : Also Ideen, keine Ziele!

- „Erste nachahmenswerte Beispiele sind unter anderem Zielfindungsseminare“.
- Mit Hilfe externer Beratung und wissenschaftlicher Begleitung sollen verschiedene Modernisierungsansätze zweier Behörden miteinander verknüpft werden, damit sie den Zielperspektiven des Leitbildes „Der Weg ist das Ziel“ entsprechen.

Ist damit schrittchenweises Herumwurschteln gemeint?

Beispiel 1:

In Abteilung 2 des MAGS wurde mit Hilfe eines Fragebogens ein Stimmungsbild erstellt. Zwei Ergebnisse aus dieser aufwendigen Arbeit:

- a) „Einführung einer regelmäßigen kurzen Besprechung am Wochenanfang“!
- b) „Wir sind gar nicht so schlecht davor“!
- c) Selbsteinschätzung zu fifty-fifty gut und sogar sehr gut.
- d) Fremdeinschätzung nicht ganz so gut!? Ein erstaunliches Ergebnis bei so viel Arbeitsaufwand.

Beispiel 2:

Abteilung 2 des MLR führte ein (sicherlich teures) zweitägiges Zielfindungsseminar - „Auf zu neuen Ufern“- mit allen Mitarbeitern in Sankelmark (auf Kosten des Steuerzahlers?) durch:

Sie wollten sich und ihre Aufgaben in der neuen Zusammensetzung der Abteilung ein wenig besser kennenlernen und Grundlagen für eine Zielpyramide erstellen. Das Ergebnis spricht für sich:

- a) das Wir-Gefühl ist deutlich ausgeprägter,
- b) eine Zielpyramide ist in so kurzer Zeit nicht abschließend aufzustellen,
- c) eine Weiterarbeit zur Präzisierung der Ziele wurde am Ende der Veranstaltung beschlossen.

Sie wissen also nicht, wohin sie wollen, das aber mit großer Begeisterung!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich einmal vor, wo wir stän-

den, wenn wir im Unterricht ohne Ziel schrittchenweise voranlatschen würden, mal hierhin, mal dorthin, uns nur auf den Weg konzentrieren würden, je nach dem, was er uns bietet.

Professionelles Handeln würde dann durch Bedürfnisbefriedigung abgelöst sein und die Schülerinnen und Schüler würden zu recht auf unseren Nerven herumtanzen.

Aber auf die Schule soll dieses Leitbild so nicht übertragen werden.

Hier sollen „differenzierte Wege für die Vermittlung und Umsetzung des Leitbildes gewählt werden“.

Es gibt schon einige Bereiche, bei denen es mir so vorkommt, als baue man diesen Irrgarten schon längst in unserem Bereich.

„Wir geben uns ein Profil“ wäre solch ein Beispiel.

Als wenn nicht jede Schule schon immer eines gehabt hätte und sich nun je nach Laune umschminken könne oder, wie die Ministerpräsidentin ihre Hüte, das Profil wechseln könne.

Übrigens: Seit fünf Jahren arbeitet die Staatskanzlei daran. Jetzt ist sie für die Koordinierung dieses gesamten Modernisierungsprozesses neu geordnet und (mit neuen Planstellen?) wieder verstärkt worden.

P.S. MAGS, MLR ? Testen Sie doch einmal Ihr politisches Wissen.

* Hedonismus = in der Antike begründete philosophische Lehre, nach welcher das höchste ethische Prinzip das Streben nach Sinnenlust und Genuß ist.

AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES

AG Städteverband „Stärkung der Eigenverantwortung“

– Michael Doppke –

Teilnehmer/innen:

Schulträger: Herr Polei, Frau Perrefort, Herr Rensch

Ministerium: Herr Simon

Schulleiterverband Schleswig - Holstein: Herr Doppke

Termine :

6. Februar, 3. März, 10. April, 21. April, 7. Mai, 15. Mai

Auf Einladung des Städteverbandes wurde Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe installiert mit dem Ziel, ein Verfahren und inhaltliche Vorschläge für die Umsetzung von mehr Eigenverantwortung der Schulen zu erstellen. Neben Vertretern der kommunalen Spitzenverbände waren daran das Bildungsministerium und der Schulleiterverband Schleswig-Holstein beteiligt.

Wir haben bereits in der s/vsh-information 21 darüber berichtet.

Die Gruppe hat inzwischen sechs intensive Arbeitssitzungen durchgeführt. Die Aufgabenstellung hat sich seit der ersten Sitzung etwas verändert: Die Gruppe hat

sich entschlossen, systematisch vorzugehen und

- die zur Zeit bestehenden Regelungen und Zuständigkeiten zunächst aufzulisten und
- diese dann in einem zweiten Schritt daraufhin zu überprüfen, ob eine Übertragung in die Zuständigkeit der Schule -möglich, -sinnvoll oder -nicht sinnvoll erscheint.

Ferner wurden Aspekte zusammengetragen,

- die bei Veränderungen zu beachten sind und
- auf ggf. notwendigen politischen Handlungsbedarf hingewiesen.

Dieser Katalog der Möglichkeiten und Hemmnisse wird durch kurze Begründungen für mehr Eigenverantwortung und notwendige Konsequenzen gerade im Bereich der Schulleitung ergänzt. Große Einigkeit gab es im Bereich Sachmittelbudgetierung. Den größten Diskussionsbedarf wird es bei allen Fragen, die mit

Personal und Schulprogrammen zu tun haben geben.

Die Gruppe ist davon überzeugt, dass einschneidende Veränderungen kommen werden und auch nötig sind, weiß aber auch, wie schwer die Umsetzung vor Ort ist. Deshalb wird von ihr Wert darauf ge-

legt, dass es jeweils eine Anpassung an die örtlichen personellen und sächlichen Gegebenheiten geben muss.

Bis zum 2. Juni soll ein Ergebnis schriftlich fertiggestellt sein. Wir werden es in der nächsten Zeitung in voller Länge veröffentlichen.

Arbeitskreis Stellvertreter

- Klaus-Ingo Marquardt -

Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter im s/vsh treffen sich regelmäßig - zuletzt am 19. März 1997 in Bad Bramstedt - um sie betreffende Probleme zu erörtern und mit Vorschlägen an den Vorstand heranzutreten.

So ist zum Beispiel die Forderung nach gleicher Aus- und Fortbildung zumindest in der Theorie auch im Ministerium positiv entschieden worden. Die praktische Umsetzung wird - wie so vieles - wohl noch etwas auf sich warten lassen. Eine weitere Forderung ist die umfassende Information der Stellvertreterinnen und Stellvertreter durch die Schulleiterinnen und Schulleiter. Nur wer umfassend informiert ist, kann die Aufgaben und die Verantwortung übernehmen und damit die Schulleiterin oder den Schulleiter entlasten. Wer über zuviel Arbeit klagt und die Ressourcen der Stell-

vertreterinnen und Stellvertreter nicht nutzt, wirkt nicht glaubwürdig. Der Arbeitskreis Stellvertreter tritt für eine Aufgabenteilung ein, die den Grundsätzen moderner Menschenführung und effektiver Organisationsstrukturen in den Schulen entspricht.

Der Arbeitskreis Stellvertreter ist aber auch ein Forum für die Sorgen und Nöte einer Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern, die „zwischen Baum und Borke“ eine wichtige Funktion innerhalb des Organismus Schule zu leisten hat und dazu auch bereit ist.

Das nächste Treffen ist für den 17. September 1997 geplant. Eine besondere Einladung wird rechtzeitig ergehen.

Pressespiegel

sonnabend,
1. Mai 1997

LN

Streicheleinheiten für „Klaus“:

Rechnungshof lobt Böhrks Konzept

KIEL - An den Schulen hat das Unglück einen Namen: Klaus. Seit Monaten gibt es einen Sturm auf gegen das „Konzept zur

langfristigen Unterrichtssicherung“, mit dem das Kultusministerium den Anstieg der Schülerzahlen abfangen will. Vor allem

die Abstriche beim Stunden-Nachlaß für ältere Lehrkräfte erzürnen die Pädagogen. Der Landesrechnungshof gibt der geschol-

tenen Bildungsministerin jetzt Rückendeckung und empfiehlt, noch rigoroser Ermäßigungsstunden zu streichen.

Die Rechnungsprüfer haben den Unterrichtsausfall 1995/96 in Kiel sowie in den Landkreisen Ostholstein und Steinbrügge unter die Lupe genommen. Das Ergebnis fällt für Ministerin Gisela Böhrk (SPD) nicht gerade schmeichelhaft aus. Der Ausfall liege an den allgemeinbildenden Schulen mit 5,5 bis acht Prozent viel höher als angegeben. Über ein Drittel sei durch dienstliche Beurlaubungen, Konferenzen, Personalversammlungen, Verbandstagen, Fortbildungen, Hitzefrei oder Unterrichtskürzungen vor und nach den Ferien verursacht.

„In Zeiten steigender Schülerzahlen müssen auch dienstliche Veranstaltungen vermehrt in die unterrichtsfreie Zeit verlegt werden“, wird die dringende Überarbeitung der Erlasse gefordert.

Präsident Gernot Korthals lobte grundsätzlich das Konzept „Klaus“, machte aber Einschränkungen: Die Umstellung auf Angestelltenstatus bei Neueinstellungen koste bis 2005/06 eine Milliarde Mark extra wegen sofort fälliger Sozialabgaben. Ein weiterer Schwachpunkt sei die Kürzung des Unterrichts um zwei Prozent. Alternative der Finanzprüfer: größere Klassen, Konzentration von Schulstandorten, weitere Kürzung der „Deputatstunden“ für Lehrkräfte. Dieser Rabatt für Alter oder besondere Funktionen entsprach im Schuljahr 1995/96 über 55 000 Unterrichtsstunden oder 2154 Stellen.

Ermütigung gibt es vom Rechnungshof für eine grundsätzliche Neugestaltung der Lehrerarbeitszeit, wie sie in Vorbereitung ist.

Kritik an der Bildungspolitik

Pädagogen leben mit dem Mangel

Von MICHAEL SCHICK

Norderstedt – An den Schulen wird der Mangel verwaltet. Viele Pädagogen haben sich offenbar damit arrangiert, daß nicht alle Stunden gegeben werden können. „Die Unterrichtsversorgung ist an der unteren Grenze angekommen. Wir haben keine Reserven mehr“, beklagt Michael Doppke vom Schulleiterverband Schleswig-Holstein. Auch die CDU kritisiert die Bildungspolitik; Ministerin Gisela Böhrk (SPD) hingegen weist darauf hin, daß für die Bildung mehr Geld ausgegeben wird, obwohl der Gesamthaushalt zurückgefahren werde.

Die Mittel reichten gerade für die Grundversorgung – alles, was darüber hinausgehe, bleibe auf der Strecke, beklagt der Ellerauer Doppke. Für Förderunterricht oder zusätzliche Angebote sei kein Geld da. Der Leiter einer Grundschule geht davon aus, daß fünf bis zehn Prozent des Unterrichts ausfallen. „Das stellt die Eltern vor ungeheure Schwierigkeiten“, sagt er. Die Kinder könnten nicht betreut werden, wenn beide Eltern berufstätig sind.

Am Gymnasium Harksheide kann Religion in Klasse acht nicht gegeben werden, und auch Kunststunden müssen ausfallen. Der Verzicht auf den Religionsunterricht schmerzt Schulleiter Fritz Bultmann nicht mal so sehr: „Wir können diese Stunden verwenden, um andere Fächer zu stärken“, sagt er. Der Pädagoge spricht sich dafür aus, daß junge Lehrer mit voller Stundenzahl eingestellt werden. Zur Zeit müssen Berufsanfänger mit Dreiviertel-Stellen Vorlieb nehmen. Mit diesem Modell will das Land bei leeren Kassen gewährleisten, daß möglichst viele junge Lehrkräfte in die Schulen kommen. „Dadurch werden qualifizierte Lehrer gezwungen, in andere Berufe oder Bundesländer abzuwandern“, sagt Bultmann. Vom anteiligen Gehalt könne kaum eine Familie ernährt werden. Weitere Folge der schleswig-holsteinischen Sonderregelung sei, daß die älteren Pädagogen im Verhältnis mehr arbeiten müßten.

„Wir müssen uns mit der Situation arrangieren“, sagt Peter Clementsen, Leiter der Grund- und Hauptschule Friedrichsgabe. Schon längst nicht mehr können

alle eigentlich vorgesehenen Stunden gegeben werden. Dennoch sei die Lage nicht schlecht, da zur Zeit nur kurzfristige Ausfälle zu bewältigen seien.

„Stoppen sie die verhängnisvolle Talfahrt des schleswig-holsteinischen Bildungswesens!“ Das fordert die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Volquartz. Sie hat ausgerechnet, daß im nördlichsten Bundesland jede Woche 27 000 Stunden weniger Unterricht erteilt werden. Auf das Schuljahr 1995/96 umgerechnet bedeute das, daß rund eine Million Stunden ausgefallen seien. Die Regierung bringe es fertig, die Lehrer in „Frust und Empörung zu stürzen“, beklagt die FDP.

„Geld statt Stellen“, fordert der Schulleiterverband. So könnten Aushilfskräfte eingestellt werden, um Unterrichtsausfall zu verhindern. Der Verbandsvorsitzende Doppke kann sich vorstellen, daß ausgebildete Eltern einspringen oder Lehrer mit reduzierter Stundenzahl kurzfristig mehr unterrichten würden.

Ministerin Gisela Böhrk (SPD) hat am Wochenende ihren Weg bei einer Elterndemo in Lübeck verteidigt: „Für die Landesregierung hat die Bildungspolitik weiter Priorität.“ Die Schulen seien von Sparvorgaben ausgenommen. Im kommenden Jahr würden weitere 150 Planstellen finanziert, zudem würden alle freierwerdenden Stellen wiederbesetzt, so daß bis zum Jahr 2000 insgesamt mehr als 2000 junge Lehrkräfte dauerhaft eingestellt würden. Um die im Vergleich mit anderen Bundesländern gute Unterrichtsversorgung halten zu können, seien aber auch unpopuläre Maßnahmen nötig.



Am Rande bemerkt
von
Peter Höver

VerKLAUSuliert

Materiell betrachtet ist der Vorgang eher das, was man bei der Deutschen Bank als „Peanuts“ bezeichnen würde. Rechtlich-bürokratisch gesehen dagegen ist das Problem ein gewichtiger Brocken. Es geht um keine geringere Frage, als die, wie die Beamten von Kultusministerin Gisela Böhrk (SPD) mit jenen gut 2000 Protestbriefen verfahren, die es in sich, besser gesagt, auf sich haben. Denn auf jedem der Schreiben, die sich alle gegen das Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung (KLAUS) wenden, klebt ein Einpfennig-Stück als „Notopfer“ für das unter finanziellen Nöten ächzende Bildungssystem. Nun rechnen wir also hoch, daß der Protest dem Land Schleswig-Holstein via Bildungsministerin immerhin rund 20 Deutsche Mark eingetragen hat.

Was aber tun mit dem unerwarteten Geldsegen? Einen Beamten abordnen, der die Pfennige von den Schreiben absammelt? Bei einem Arbeitstempo von sechs Sekunden je abgelöstem Pfennig kämen wir auf eine Arbeitszeit von 200 Minuten oder gut dreieinhalb Stunden. Multipliziert mit einem Stundenlohn von, sagen wir, 100 Mark kämen wir auf einen Aufwand von 350 Mark. Zuviel Aufwand für zu wenig Ertrag, rechneten die Kostenbewußten im Hause Böhrk.

Warum also nicht einen Schüler zum Ablösen der Pfennige anheuern mit der Aussicht, die 20 Mark der Klassenkasse zuzuführen? Geht erstens aus Datenschutzgründen nicht, weil die Protestschreiben Namen und Anschrift der Unzufriedenen tragen. Und zweitens ist es nicht möglich, weil das Notopfer – rechtlich betrachtet – eine Spende und so dem Landeshaushalt zuzuweisen ist.

Bleibe die Verbrennung der selbstverständlich bereits beantworteten Schreiben und das anschließende Aussieben der Pfennige. Von wegen! Protestschreiben sind im Sinne der Aktenordnung zwar keine Akten, dafür aber „Weglegesachen“. Das ist nicht angefordertes Material, das mindestens ein Jahr lang aufbewahrt werden muß. Also: Weshalb die Weglegesachen nicht einfach auf den Dachboden schleppen? Wenn das so einfach wäre. Da auch ein ministerieller Dachboden eine Amtsstube ist, die Aufbewahrung von Geld in Amtsstuben aber nicht zulässig ist, scheidet auch dieser Weg aus.

Mithin harrt der fürwahr unkonventionelle Protest noch einer ebenso unkonventionellen wie preiswerten Lösung. Angesichts der bekannten Neugier unserer Landtagsabgeordneten ist übrigens ein parlamentarisches Nachspiel in Gestalt einer Kleinen Anfrage nach dem Verbleib der Not-Pfennige nicht ausgeschlossen. Die Antwort allerdings würde nach den derzeit gültigen Kostensätzen mit knapp 3000 Mark zu Buche schlagen.

nd Ihrem letzten Pfennig?

Notopfer Schule



rnbeirat zurückgeben

Das Pfennig-Problem: Wohin mit der Spende?
Foto August

BEITRITTSERKLÄRUNG zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. – s/vsh –

Name	Vorname	Geb. Datum

Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständ. Schulumt

Name und Anschrift der Schule

Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax

Privat-Anschrift

Ort, Datum	Unterschrift

Ich bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,- einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich! Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit:

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben):

----------------------	----------------------	----------------------

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

----------------------	----------------------	----------------------

Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. -s/vsh -

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Der **s/vsh** ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter aller Schularten. Ihm gehören z. Zt. etwa 400 Mitglieder an.

Der **s/vsh** stärkt das **Zusammengehörigkeitsgefühl** von Schulleitungen durch **Gedankenaustausch** und gegenseitige Unterstützung.

Der **s/vsh** vertritt die **Belange** seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervvertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- und anderen Verbänden ...

Der **s/vsh** setzt sich ständig für die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für Schulleitungen ein.

Der **s/vsh** macht deutlich, daß **Führungsaufgaben** unverzichtbarer Bestandteil von Schulleitung sind.

Der **s/vsh** erarbeitet Konzepte für **Schul- und Personalentwicklung** und strebt ihre Umsetzung an.

Der **s/vsh** organisiert **Fortbildungsveranstaltungen** und **Fachtagungen** für Schulleitungen und fördert dadurch die Kompetenz seiner Mitglieder u.a. für Leitungsaufgaben, Rechtsfragen, schulpädagogische Themen, etc. ...

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

s/vsh-Vorstand	Privatanschrift	Schuladresse	Fax
Vorsitzender Michael Doppke	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278	04106 - 78867
Geschäftsstelle Paul Kniebusch Postfach 1335 25536 Brunsbüttel	Westerstr.29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr.1 25541 Brunsbüttel 04852 - 51074	04832 - 5286
Rechtsfragen Stellv.Vorsitzender Friedrich Jeschke	Meisenweg 11 23769 Burg a. F. 04371 - 2402	Grund- und Hauptschule Burg Ohrtrstr. 33 23769 Burg auf Fehmarn 04371 - 9613	04371 - 3749

VORSTAND

Name	Privatanschrift	Schuladresse	Fax
Rektor Michael Doppke Vorsitzender	Birkeneck 3 25479 Ellerau 04106 - 73762	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn 04121 - 84278	04106 - 78867
Geschäftsstelle Rektor Paul Kniebusch Postfach 1335 25536 Brunsbüttel	Westerstr. 29 25704 Meldorf 04832 - 5254	Hauptschule Brunsbüttel Kopernikusstr. 1 25541 Brunsbüttel 04852 - 51074	04832 - 5286
Rektor Friedrich Jeschke Stellv. Vorsitzender	Meisenweg 11 23769 Burg a.F. 04371 - 2402	Grund- u. Hauptschule Burg Ohrtr. 33 23769 Burg auf Fehmarn 04371 - 9613	04371 - 3749
Rektor Walter Rossow Stellv. Vorsitzender	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Geschwister-Scholl-Schule Schulstr. 6 25355 Barmstedt 04123 - 7119	04123 - 2326 04542 - 836601
Konrektor Klaus-Ingo Marquardt Schriftführer	Pommernweg 33 24582 Wattenbek 04322 - 2362	Grundschule Wattenbek Schulstr. 6 24582 Wattenbek 04322 - 5650	04322 - 2362
Rektor Hans-Peter Drosdatis Kassierer	Fleederbusch 9 24576 Bad Bramstedt 04192 - 4521	Grundschule G.-Keller-Straße Sandweg 39b 22848 Norderstedt 040 - 5235451	040 - 5283367
Rektor Olaf Peters Beisitzer	Heisterweg 11 24392 Süderbrarup 04641 - 933146	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Str. 7 24376 Kappeln 04642 - 81858	04642 - 82179
Rektor Holger Arpe Beisitzer	Mühlenberg 11c 24217 Schönberg 04344 - 3926	Grund-u. Hauptschule Schönberg Schulweg 3 24217 Schönberg 04344 - 1645	04344 - 9094
Sonderschul-KRin Gudrun Ihrle-Glagau Beisitzerin	Hans-Scharoun-Weg 5e 22844 Norderstedt 040 - 5229582	Erich-Kästner-Schule Am Exerzierplatz 24 22844 Norderstedt 040 - 5251414	040 - 5229592
Realschulrektor Uwe Koch Beisitzer	Schobüller Str. 57 25813 Husum 04841 - 4267	Ferdinand-Tönnies-Schule Flensburger Chaussee 30 25813 Husum 04841 - 73715	04841 - 61695
Rektorin Angelika Sing Beisitzerin	Am Sportplatz 8 23881 Breitenfelde 04542 - 89274	Grund- u. Hauptschule Nüsse Poggenseer Weg 11 23896 Nüsse 04543 - 474	04542 - 836601

Die letzte...? – Das Letzte! –

– Walter Rossow –

Auch wenn uns allen **KLAUS** mittlerweile zum Halse raushängt - Ihnen sicherlich genauso wie mir - wird uns dieser kleine Ministeriumsteufel auch weiterhin nicht zur Ruhe kommen lassen.

Es ist schon mehr als arrogant, wenn sich die Staatssekretärin dahingehend äußert, daß das mit **KLAUS** verbundene Motivationsproblem auf längere Zeit lösbar sei, da ja die älteren Funktionsträger durch Pensionierung ausscheiden und die jüngeren Nachfolger nichts anderes kennen würden. Da kann man sich nur die Frage stellen, ob man im Ministerium auch einmal über einen Genossen von **KLAUS** für das Ministerium nachgedacht hat, der die entsprechenden Motivationsschübe auch in dieses Haus spürbar hereinträgt - oder gibt es diesen dort etwa schon?

Aus sehr gut unterrichteten Kreisen des Ministeriums war zu hören, daß man allein wegen **KLAUS** mehr als 70 Gespräche geführt hat. Setzt man einmal voraus, daß an jedem Gespräch mindestens drei „Ministeriale“ beteiligt waren, so waren das mindestens 210 Stunden (in Worten: zweihundertzehn - und das ist mit Sicherheit nicht zu hoch gegriffen), die sicherlich ja von der doch sehr kostbaren und wohl auch teuren Arbeitszeit abgezweigt werden mußten. Es reizt geradezu - bei dem in Schule augenblicklich vorherrschenden Zeitmangel - weitere Überlegungen mit diesen Zahlen anzustellen:

- Rechnet man die 210 Stunden in Minuten um, so werden das 12.600 Minuten. Eine Zahl, die erst dann für alle in Schule Tätigen oder an Schule Interessierten richtig zur Geltung kommt, wenn sie in Unterrichtsstunden umgerechnet wird — 280 Unterrichtsstunden! Das sind bei kleineren Systemen (4 - 5 Kollegen/innen) zwei bis drei Wochen Unterricht! Welche Ver-

schwendung von Ressourcen - wenn man dann auch noch die offensichtliche Unbeweglichkeit der „Verhandelnden“ sieht!

- 210 Stunden - das sind bei einer Arbeitszeit von 38 Stunden pro Woche fast sechs Arbeitswochen! Was hätte man mit dieser Zeit doch alles Sinnvolles anfangen können. So hätte man beispielsweise der Forderung des s/vsh nach einem Runden Tisch problemlos nachkommen können — und ich mutmaße mal, die Probleme mit und um **KLAUS** wären zwischenzeitlich mit der Akzeptanz aller (wenn auch nicht zur Zufriedenheit aller) gelöst worden!

Es scheint sicher, daß das Ministerium gegen den Widerstand aller **KLAUS** durchsetzen wird und wir vor Ort **i h n** umsetzen werden (müssen).

Es scheint aber auch sicher, daß Unmut und Demotivation dieses Mal erheblich größer sind und vor allem auch wesentlich länger andauern werden (als beispielsweise bei der Stundenerhöhung um 0,6 Std.). Leidtragende werden auf jeden Fall Schülerinnen und Schüler sein — allein schon durch die 2%-ige Unterrichtskürzung, aber auch durch steigende Krankheitsausfälle und vermehrte Anträge auf Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand.

Die Ministerin und die sie tragenden Fraktionen sind gut beraten, bei den auf der Fachtagung der SPD zur Umsetzung der Eigenverantwortung von Schule angekündigten Problemfelder (Schulgesetzänderung, Curriculumdiskussion, Schulleiter auf Zeit, ...) diese Eigenverantwortung auch ernstzunehmen und „die da unten“ rechtzeitig und gleichberechtigt an der Diskussion, Planung und Umsetzung zu beteiligen.

SOUNDPARTNER = Trends setzen, nicht Trends folgen !

V 15 , die kleine Klassenbox, 3,1 kg, 29 x 18 x 6 cm mit eingebautem Lautsprecher, 4 Kopfhöreranschlüssen	DM	448,-
V 20 , Sprach Lern- und Übungsrecorder, Spezialgerät für Problembereiche: Blindenunterricht, Schwerhörige, Sprachbehinderte, wie auch im Normalunterricht.	DM	499,-
V 30 , die Allround-Box, 5,8 kg, 38 x 18 x 19 cm, mit eingebautem 2 Wege Lautsprechersystem, Bass- und Höhenregler. Mit Mikrofon	DM	658,-
V 40 , die Duo-Power Allroundbox mit Cassetten CD-Laufwerk, 2 Wege Lautsprechersystem 8 kg 4 x 38 x 28 cm	DM	998,-
A 50 Passiv-Lautsprecherbox mit Einzelsystemen und Piezo Hochtöner	DM	338,-
A 80 Passiv-Lautsprecherbox (vormals PA 60) mit excellentem 30 cm Lautsprecher	DM	424,-
Standardmikrofon	DM	34,-
Mikrofonstativ	DM	99,-
Kopfhörerset 4 Stück im Koffer	DM	185,-



AV 30



AV 20



AV 15



AV 40

SOUNDPARTNER: Was denn sonst !



AV 80



AV 60

AV 60 Hallenbox, starke Box für Veranstaltungen mit großem 30 cm Lautsprecher für optimalen Schalldruck 53 x 36 x 19 cm 13,5 kg DM 965,-

AV 60 Hallenbox High Power, gleiches Gerät wie oben jedoch 110 Watt Ausgangsleistung DM 1248,-

AV 80 Duo Power Hallenbox mit Cassetten und CD-Laufwerk. Das starke Gerät für Veranstaltungen und die Halle, mit großem 30 cm Lautsprecher für optimalen Schalldruck 60 x 36 x 27 cm 17 kg DM 1488,-

Bodenstativ für PA 80, AV 80, AV 60	DM	219,-
Lautsprecherkabel 15 m für PA 80	DM	37,-
Mischpult 4 Eingänge	DM	99,-
Kopfhörerweiche für 10 Kopfhörer	DM	99,-
Tischmikrofonstativ höhenverstellbar	DM	34,-
Mikrofonweiche zum Anschluß von 2 Mikros	DM	20,-
Dito jedoch 4 Mikrofone	DM	48,-

SOUNDPARTNER = Das ist das Original, nicht die Kopie !

NEU
NEU
Juni
1997

Für mehr Info

AV 50 CD-Cassettenkombination. Abmessungen und Leistung wie AV 40, jedoch mit erweiterten CD-Funktionen wie: variable Geschwindigkeit, Wiederholfunktion, Zeitanzeige, Suchlauf.
24 x 38 x 28 cm

DM 1278,-

AV 90 CD-Cassettenkombination. Abmessungen und Leistung wie AV 80, jedoch mit erweiterten CD-Funktionen wie: variable Geschwindigkeit, Wiederholfunktion, Zeitanzeige, Suchlauf.
60 x 36 x 27 cm

DM 1884,-

Die gesamte Modellpalette finden Sie im Gesamtprospekt !

Alle Preise + MwSt 15%

Deutschlandvertrieb:

dwedest - Lehrmittel
056 Villingen-Schwenningen
07720 / 9771-0 Fax 07720 / 9771-11

Auslieferung in Schleswig-Holstein:

Über Ihren freundlichen, kompetenten und servicebereiten
Lehrmittelhändler. Händlernachweis auf Anfrage.

Schulleiterverband Schleswig-Holstein
c/o Walter Rossow, Am Sportplatz 8
23881 Breitenfelde
Postvertriebsstück, Entgelt bezahlt
C 12646

00014

Herrn Rektor
Uwe Niekief
Grundschule Brunsbüttel Nord
Schulstr. 2-4

25541 Brunsbüttel

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Am Sportplatz 8
23881 Breitenfelde

Verantwortlich:
Angelika Sing
Walter Rossow

Auflage:
550 Exemplare

(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten.)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

